

bonner perspektiven

Januar 2013

Magazin der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)

Deutschland vor der Wahl 2013



BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

EINSCHÄTZUNGEN ZUR
BUNDESTAGSWAHL

IMPRESSUM

bonner perspektiven

wird herausgegeben von Bodo Hombach,

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP),
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: bapp@uni-bonn.de

Redaktionsleitung

Dr. Boris Berger (V.i.S.d.P.), Ana Belle Becké, Hannes Wiethölter

Layout und Satz

stadtstranddesign - Franziska Harms, Tobias Kallmeyer

Druck

bonnprint.com GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik GmbH (BAPP) unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Titelbild

pictafolio



BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKТИСHER POLITIK

Deutschland vor der Wahl 2013

**EINSCHÄTZUNGEN ZUR
BUNDESTAGSWAHL**

INHALT

VERANSTALTUNGEN	EXPERTENRUNDE MIT JOHN KORNBLOM ZUM THEMA „DIE USA NACH DEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN“	6
	PROF. DR. CAJA THIMM STELLT ERGEBNISSE DES FORSCHUNGS-PROJEKTS „DIGITALE CITOYENS“ VOR	8
	PODIUMSDISKUSSION MIT FRIEDRICH MERZ ZUM THEMA „CHANGE - DAS DEUTSCH-AMERIKANISCHE VERHÄLTNIS IM WANDEL“	10
	ANKÜNDIGUNGEN	14
	EDITORIAL	17
	GERECHTIGKEIT ALLEIN GENÜGT NICHT. DIE SPD IM WAHLJAHR 2013 (VON DR. NORBERT SEITZ)	18
	DAS WAHLKONZEPT DER ANGELA MERKEL (VON ALFRED MERTA)	22
	DUELL DER KANZLERKANDIDATEN - WEIBLICHE GELASSENHEIT ODER MÄNNLICHE WORTGEWALT (VON ALEXANDER NIEMETZ)	26
	„DAS ZWEITGRÖSSTE PARLAMENT NACH DER VOLKSREPUBLIK CHINA.“ DIE GEPLANTE NEUREGELUNG DES WAHLRECHTES DARF NICHT DAS LETZTE WORT BLEIBEN (VON PROF. DR. FRANK DECKER)	30
DEBATTE	NEUE POLITISCHE FARBENLEHRE ODER WIEDER GROSSE KOALITION? (VON PROF. DR. HUBERT KLEINERT).....	34
	DIE AMPEL STEHT AUF DUNKELORANGE (VON VOLKER BEST).....	38

DEBATTE	SCHWARZ-GRÜNE PERSPEKTIVEN, ODER: C+Ö=50%+X (VON PROF. DR. VOLKER KRONENBERG).....	41
	DIE UNMÖGLICHE KOALITION (VON DR. SASKIA RICHTER).....	45
	HERAUSFORDERUNG FÜR DIE VOLKSPARTEIEN: DIE WIEDERERLÄNGUNG IHRER FRÜHEREN BINDEKRAFT (VON PROF. DR. MANFRED GÜLLNER).....	48
	DIE EUROKRISE – CHANCE FÜR POPULISTEN? (VON DR. PHIL. FLORIAN HARTLEB).....	52
	GEHEN DIE PIRATEN UNTER? (VON DR. JAN PHILIPP BURGARD).....	56
	AUF DEN KANZLER KOMMT ES AN? (VON DR. STEPHAN KLECHA)	60
	DIE BAYERNWAHL ALS STIMMUNGSBAROMETER (VON MICHAEL WATZKE).....	64

EXPERTENRUNDE MIT JOHN KORNBLUM ZUM THEMA „DIE USA NACH DEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN“

11. Dezember 2012



Welche innen- und außenpolitischen Herausforderungen stellen sich Obama in seiner zweiten Amtszeit? Eine Expertenrunde um den ehemaligen US-Botschafter in Berlin, **John Kornblum**, lieferte Einblicke in das politische Seelenleben der Supermacht USA.

BA|PP

VERANSTALTUNGEN

John Kornblum
(Foto: Volker Lannert)

Kornblum



Mitdiskutanten waren **Prof. Dr. Wolfram Hilz**, Politikwissenschaftler an der Universität Bonn, **Dr. Jan Philipp Burgard**, Journalist und USA-Experte, sowie **Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie.

Kornblum entkräftete Spekulationen über eine mögliche Krise der USA: Dem Land gehe es überhaupt nicht schlecht, sagte er und verwies auf ein erwartetes amerikanisches Wirtschaftswachstum von 3%. Eine Herausforderung sehe Kornblum hingegen bei den transatlantischen Beziehungen. Amerika habe keine tradierte Verpflichtung gegenüber Europa, vielmehr sei es an der Zeit, dass „Europa seine Strategie gegenüber Amerika neu definiere“, kräftigte Kornblum.

Prof. Dr. Wolfram Hilz betonte die Notwendigkeit einer deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit, denn Deutschland sei nach wie vor ein wichtiger Kooperationspartner für Amerika. Dr. Jan Philipp Burgard richtete den Blick auf den erfolgreichen US-Wahlkampf: Vom Einsatz moderner Medien könne auch Deutschland profitieren, sagte Burgard mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen im September 2013.



Dr. Jan Philipp Burgard
(Foto: Volker Lannert)



Prof. Dr. Wolfram Hilz
(Foto: Volker Lannert)

**Mehr zur
Expertenrunde finden Sie unter
bapp-bonn.de/unsere-veranstaltungen**

PROF. DR. CAJA THIMM STELLT ERGEBNISSE DES FORSCHUNGSPROJEKTS „DIGITALE CITOYENS“ VOR

12. Dezember 2012

Frau Prof. Dr. Caja Thimm, Medienwissenschaftlerin und Professorin an der Universität Bonn, stellte im Rahmen eines Gastvortrages in der Lehrveranstaltungsreihe von **Bodo Hombach** die Ergebnisse ihres Forschungsprojekts „Digitale Citoyens“ vor. In seiner Einführungsrede verwies Bodo Hombach auf die Urgewalt des Internets, welche die Lebenshältnisse auf dem Globus massiv verändere. Doch weder übertriebene Vorsicht, noch Dämonisierung sei das

richtige Werkzeug für das Medium der unbegrenzten Möglichkeiten: Wie begreifen wir dem ungeheuren Anfang, der uns ohne Gebrauchsanweisung geliefert wurde?

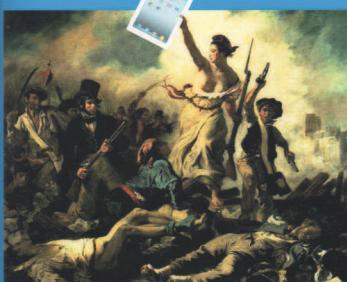
Eine Fülle von Erkenntnissen verspricht das Forschungsprojekt von Prof. Thimm. Es ist das Resultat eines monatelangen Auswertungsprozesses verschiedener Medien aus unterschiedlichsten Ländern: „Tweets“ über Stuttgart 21, Posts

des Bloggers Khaled Said während des arabischen Frühlings und Einträge beim chinesischen, Twitter-ähnlichen Mikrobloggingdienst „Weibo“.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse des Projekts zeigen, dass durch die Nutzung der Social Media neue politische Partizipationsmöglichkeiten eröffnet werden. Diese schaffen ein Potenzial für eine neue Teilhabestruktur innerhalb der Bevölkerung, regen als Argumentationsplattformen zur Diskussion an und können Mobilisierungseffekte für politische Kampagnen begünstigen. In Zukunft wird sich der Austausch von Politik und Bürgern über das Medium Internet intensivieren, bewertete Prof. Thimm das Ergebnis ihres Projekts.

Digitale Citoyens:

Politische Partizipation
in Zeiten von Social Media



Fallanalysen zur politischen Beteiligung
in Deutschland, Ägypten und China

Digitale Citoyens (Publikation)



PODIUMSDISKUSSION MIT FRIEDRICH MERZ ZUM THEMA „CHANGE - DAS DEUTSCH- AMERIKANISCHE VERHÄLTNIS IM WANDEL“

22. Januar 2013



Dr. Hildegard Stausberg und Prof. Dr. Thomas Jäger (Foto: Volker Lannert)

150 Gäste kamen am 22. Januar in die Bonner Akademie, um einer Podiumsdiskussion mit **Friedrich Merz** zum Thema „Change – das deutsch-amerikanische Verhältnis im Wandel?“ zu folgen. Neben Friedrich Merz nahmen die Direktorin des Amerika Hauses e.V. Nordrhein-Westfalen, **Tina Höfinghoff**, sowie **Prof. Dr. Thomas Jäger** von der Universität zu Köln teil. Nachdem BAPP-Präsident **Bodo Hombach** die Veranstaltung durch eine thematische Einführung eröffnete, führte **Hildegard Stausberg** durch die anschließende Diskussion. Dabei entfachte eine angeregte Debatte über Herausfor-

derungen und Zukunftsperspektiven der deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Für einen stärkeren europäischen Konsens setzte sich Merz in seinem einleitenden Gastvortrag ein: „Amerika nimmt uns umso ernster, je einiger wir in Europa sind“, sagte der Vorsitzende der Atlantik-Brücke e.V. In der Europäischen Union müsse man sich daher auf das Wesentliche konzentrieren und mit einer Stimme sprechen. Als Herausforderungen für das deutsch-amerikanische Verhältnis nannte Merz die gestiegene Bedeutung der Volksrepublik China und die wirtschaftlichen Krisenzeiten unseres Jahrzehnts.



Friedrich Merz und Dr. Hildegard Stausberg (Foto: Volker Lannert)



Friedrich Merz
(Foto: Volker Lannert)

BA PP
VERANSTALTUNGEN



Friedrich Merz während seines Vortrags
(Foto: Volker Lannert)

Dabei plädierte er für eine Stärkung der deutsch-amerikanischen Beziehungen: „Wenn wir die Wertegemeinschaft ernst meinen, müssen wir die Dialogbereitschaft zwischen Deutschland und Amerika intensivieren.“

Während Tina Höfinghoff für ein wechselseitiges Verständnis der beiden unterschiedlichen Wertesysteme warb, betonte Prof. Dr. Thomas Jäger, dass von einer stärkeren Verzahnung von Wissenschaft und Politik auch die transatlantischen Beziehungen profitieren würden.

**Fotos der Veranstaltung mit Friedrich Merz finden Sie unter
bapp-bonn.de/unseren-Veranstaltungen**



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion
(Foto: Volker Lannert)

Volle Reihen in der Bonner Akademie
(Foto: Volker Lannert)



ANKÜNDIGUNGEN

DIE NÄCHSTEN VERANSTALTUNGEN
DER BONNER AKADEMIE



25. Februar 2013

Diskussionsrunde mit **Michael Vassiliadis** (Vorsitzender der Gewerkschaft IG BCE, Foto links oben), **Prof. Dr. Tilman Mayer** (Universität Bonn, Foto rechts oben) und **Prof. Dr. Laurenz Mülheims** (Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, links unten) über das Thema „Europa in der Krise: Die Soziale Marktwirtschaft - Vom deutschen Sonderweg zum europäischen Leitmodell?“. Die Veranstaltung beginnt mit einer Einführung von **Bodo Hombach** (Präsident der Bonner Akademie, Foto rechts unten).

Drei neue Forschungsprojekte für das Jahr 2013

Nach den positiven Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr hat die Bonner Akademie für 2013 drei neue Forschungsprojekte eingerichtet, bei denen erneut aktuelle Fragestellungen unter der Leitung ausgewiesener Experten im Fokus stehen. Die jeweiligen Forschungsgruppen nehmen an den folgenden Terminen ihre Arbeit auf:

05. März 2013

Auftaktveranstaltung der Forschungsgruppe IV zum Projekt „China im Spiegel der deutschen Gesellschaft – Images, Einstellungen und Erwartungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Medien“, geleitet von **Prof. Dr. Caja Thimm** (Universität Bonn). Teilnehmen werden auch die Praxis-Experten **Philipp Mißfelder** (Bundesvorsitzender der Jungen Union und Präsidiumsmitglied der CDU) und **Hans-Ulrich Klose** (Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, SPD) sowie weitere Fachexperten.

07. März 2013

Auftaktveranstaltung der Forschungsgruppe III, die sich mit dem Thema „Großprojekte als unternehmerische und politische Herausforderung“ unter der Federführung von **Prof. Dr. Hans-Jörg Hennecke** (Universität Rostock) und **Prof. Dr. Volker Kronenberg** (Universität Bonn) beschäftigt. Als Teilnehmer haben sich bekannte Vertreter aus den Bereichen Medien, Politik und Wirtschaft angemeldet. **Michael Vassiliadis** (Vorsitzender der Gewerkschaft IG BCE), **Dr. Jürgen Großmann** (Alleingesellschafter Georgsmarienhütte Holding GmbH/Vorsitzender der RAG-Stiftung), **Prof. Dr. Frank Brettschneider** (Universität Hohenheim) und **Klaus-Peter Schöppner** (Geschäftsführer von TNS Emnid) werden die Veranstaltung mit Impulsreferaten eröffnen.

19. März 2013

Auftaktveranstaltung der Forschungsgruppe V mit dem Projekttitel „Von der Agenda 2010 zur Agenda 2020 – Zukunftsszenarien der Bundesrepublik Deutschland“, geleitet von **Prof. Dr. Wolfgang Schroeder** (Staatssekretär des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg) und **Dr. Tobias Dürr** (Chefredakteur der „Berliner Republik“). Als Praxis-Experten stehen **Dr. Alfred Gusenbauer** (Bundeskanzler a.D.) und **Bodo Hombach** (Präsident der Bonner Akademie) der Forschungsgruppe zur Seite. Die Teilnehmerliste umfasst ausgewiesene Experten aus Medien, Politik und Wirtschaft.

DEUTSCHLAND VOR DER WAHL 2013

EINSCHÄTZUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL

EDITORIAL

von Bodo Hombach

Wahljahre sind Phasen politischer Mobilisierung, nicht unbedingt solche der abgewogenen Analyse. Die Medien schäumen auf. Der Blickwinkel der Partei-strategen schrumpft zur Schießscharte. Die Nerven liegen blank. Aber vielleicht erlaubt auch das einen Blick ins Innere. Wissenschaft hat ihre invasiven Verfahren und kann tun, was sie immer tun sollte: Fakten klären, Erkenntnisse sammeln, Kategorien bilden. Immer wichtiger auch: Übersicht und Durchblick schaffen in einer zunehmend komplexen Welt.

Nur vordergründig geht es um Fragen wie: Werden die Unionsparteien den Merkel-Bonus über die Runden retten? Sticht die „Zuwachskarte“ Peer Steinbrück? Können die Liberalen auf dem Wasser wandeln? Ist die Diversifizierung der Parteienlandschaft gestoppt?

Auch Politikwissenschaft geht von der Ereignisgeschichte aus. Dann aber interessieren sie die erkennbaren Prozesse, hinter denen sich vielleicht sogar ein langfristig wirksamer Strukturwandel verbirgt.

Wie steht es um die Verfassungswirklichkeit? Funktionieren die politischen Organe? Gewinnt die Politik verlorenen Spielraum zurück? Entwickeln sich neue Chancen und Formen der Partizipation, der Kommunikation, der Öffentlichkeit?



Wie verhält sich der Wähler? Ist er wieder das unbekannte Wesen, oder erlaubt die Analyse begründete Aussagen über die sozialpsychologische „Befindlichkeit“ der Deutschen?

Die Bundesrepublik ist international vielfältig verflochten. Stressfaktoren wie der islamistische Terror, Klimawandel, Energieumbau, vor allem auch die Wirtschafts-, Finanz-, Euro- und Schuldenkrise beeinflussen das Bild. Sie strapazieren wesentliche Errungenschaften der Nachkriegsgeschichte. Zerlegt sich die EU? Wie gestalten sich die nordatlantischen Beziehungen? Wohin treibt die arabische Welt? Welche Rolle spielen die Schwellenländer in Asien und Lateinamerika?

Das Wahljahr erlaubt Beobachtungen am lebenden Objekt und unter besonders aufgewühlten Bedingungen. Mit ihrem praxisorientierten Zugang bieten sich für BAPP zusätzliche Möglichkeiten. Sie sind ein reiches und spannendes Arbeitsfeld, aber auch Bewährungsprobe.
– Man darf gespannt sein.

Bodo Hombach
Präsident der Bonner Akademie

GERECHTIGKEIT ALLEIN GENÜGT NICHT. DIE SPD IM WAHLJAHR 2013

von Dr. Norbert Seitz

Noch am Morgen der Landtagswahl in Niedersachsen war gewettet worden, dass Peer Steinbrück im Falle eines Scheiterns seiner Partei als Kanzlerkandidat das Handtuch werfen würde. Doch Rot-Grün siegte hauchdünn mit einem Mandat Vorsprung, und der umstrittene Spitzenmann kam mit einem blauen Auge davon, freimütig eigene Fehler eingestehend. Die Sozialdemokratie fühlte sich aber nicht nur durch den knappen Erfolg, sondern auch durch die Ansage des ARD-Moderators Jörg Schönenborn bestätigt, der den bevorstehenden Bundestagwahlkampf aus demoskopischer Sicht auf die höchst willkommene Themenalternative zuspritzte: „Soziale Gerechtigkeit oder Wirtschaftswachstum“?

„Unser Markenkern war angekratzt, aber jetzt sind wir endlich wieder da“ verkündete erst unlängst Matthias Machnig, Wirtschaftsminister in der Großen Koalition Thüringens und einer von Steinbrücks Wahlkampfstrategen: „Wir Sozialdemokraten müssen endlich die Mitte-Fixierung beenden. Die Republik ist reif für eine neue, linke Wirtschaftspolitik.“ Die Themen dazu lauten: Finanzmarktregulierung, Mindestlöhne, Fachkräfteförderung, Kampf der Altersarmut



Dr. Norbert Seitz

ist Kulturredakteur beim Deutschlandfunk in Köln und Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn.

wie der Steuerflucht, dem Mietwucher wie der Wohnungsnot.

Wie 2009 versucht die SPD aus der Finanzkrise ihre hausbackene Lehre zu ziehen: „Wir brauchen einen aktiveren Staat.“ Die Zeiten des Neoliberalismus und der Deregulierung des Marktes wie des Bürokratieabbaus gehören danach der Vergangenheit an. Die SPD wählt „den Blick von unten“. Kühn formuliert sie dabei die Machtfrage: Wer in der Demokratie das Sagen habe, müsse entschieden werden: die Politik oder die Bankentürme?

Damit mag sie vielen Menschen entgegenkommen, die wegen des Auseinanderdriftens der Gesellschaft und der an-

haltenden Eurokrise verunsichert sind. Ob die Dominanz dieser Themenpalette auch in Mehrheiten für die SPD umgesetzt werden kann – zumal mit diesem Spitzenkandidaten, muss eher mit einem großen Fragezeichen versehen werden.

„Soziale Gerechtigkeit oder Wirtschaftswachstum“?

Denn bislang waren mit Gerechtigkeit allein keine Wahlen zu gewinnen. Die SPD weiß aus eigener Erfahrung, dass sie immer nur dann den Kanzler stellte, wenn sie neben ihrer traditionellen sozialpolitischen Kompetenz auch mit wirtschaftspolitischem Profil zu glänzen vermochte; einem Profil freilich, das über eine keynesianische Gießkannenpolitik und die unverbrüchliche Treue zu den Gewerkschaften hinausreicht.

Das war Anfang der 1970er Jahre unter Willy Brandt so, der mit Professor Karl Schiller und dessen Maxime „So viel Markt wie möglich, so wenig Staat wie nötig“ dem Modernisierungsversprechen der Partei Glaubwürdigkeit verleihen konnte. Helmut Schmidt erwarb sich während zweier Erdölkrisen den Ruf eines „Weltökonomen“. Und Gerhard Schröder triumphierte 1998 mit der Formel „Innovation und Gerechtigkeit“ und wies dabei ideologische Fragen nach einer rechten oder linken Wirtschaftspolitik als nicht mehr zeitgemäß zurück.

Dem Minister der zweiten Großen Koalition von 2005 bis 2009, Peer Steinbrück,

wurden dagegen seine unbestreitbaren wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenzen bei der letzten Bundestagswahl nicht honoriert, obwohl er tapfer an der Seite seiner Kanzlerin am Abgrund der Weltökonomie gekämpft hatte, als es nach der Lehman-Pleite in den USA (2008) darum gegangen war, nicht noch weitere große Finanzinstitute tatenlos kollabieren zu lassen und verunsicherte Bürger um ihre Spareinlagen fürchteten.

Doch die Kluft zwischen der Kompetenz ihres Ministers und den Präferenzen in der Partei war zu groß. Außerdem hatten damals viele befürchtet, die SPD hätte die weltweite Krise des Finanzkapitalismus zum Anlass nehmen können, mit einem expansiven Etatismus und Neuauflagen von rechthaberisch geführten Systemdebatten, über das Ziel einer moderaten Reglementierung hinauszuschießen.

Die Partei habe sich für die Agenda-Reform und deren Protagonisten geschämt, lautete nach dem Wahldebakel der Vorwurf des tief enttäuschten Peer Steinbrück an die Adresse der Schröder-Kritiker in den eigenen Reihen. Eine Zeit lang schien alles aus, bis der großinquisitorisch auftretende Helmut Schmidt, das wirtschaftspolitische Elend seiner Partei vor Augen, seinen hanseatischen Eleven für die Spitzenkandidatur 2013 ins Gespräch brachte.

Eine klassisch gewordene Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzte sich stets aus einem Bekenntnis zur Industrie und zur Modernisierung der Infrastruktur

tur, der Förderung von Zukunftstechnologien, dem Ausbau der Mitbestimmung in Großbetrieben sowie der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ zusammen. Als klassenübergreifender kooperativer Rahmen dienten dabei unter Brandt und Schiller die „konzertierte Aktion“ oder unter Schröder das „Bündnis für Arbeit“.

Die Empfehlungen Peer Steinbrücks zu Beginn der Legislaturperiode standen aber meist quer zu Sigmar Gabrels Antrittseifer, die Agenda-Reform aufzuweichen, die von Franz Müntefering angestoßene Rente mit 67 zu kappen und wieder ein enges Verhältnis zu den Gewerkschaften zu knüpfen, zu denen sich der Schröder-Getreue nach deren Anti-Agenda-Kampagnen vorübergehend nur noch eine punktuelle Kooperation und keine privilegierte Partnerschaft mehr vorstellen konnte.

Außerdem warnte er seine Genossen vor sinnlosen Wählerrückholaktionen bei unqualifizierten Arbeitslosen, die wegen Hartz IV Staat und Sozis verteufelten und aus Protest zur Partei Die Linke übergelaufen waren. Die SPD des Peer Steinbrück ist keine Bahnhofsmision, sondern eine Aufstiegsagentur. Sie führt nicht nur mit Armutsberichten, Prekaritätsstudien und Mietspiegeln Wahlkampf. Kein Wunder also, dass laut Allensbach-Institut nur schlappe 7 Prozent der Meinung sind, Steinbrück bestimme den Kurs seiner Partei. Von Merkel glauben das aber satte 83 Prozent.

So stellt sich trotz des günstigen Wahlausgangs in Hannover erst recht die Frage, ob ein Kandidat, der glaubwürdig für einen Brückenschlag zwischen den mühselig Beladenen und den Erfolgreichen stehen könnte, der angemessene Spitzenmann für eine breit angelegte Gerechtigkeits-Kampagne ist.

Auch die hohen Erwartungen seiner sperrigen Partei beim symbolisch besetzten Thema Finanzregulierung wird Steinbrück kaum befriedigen können, schrieb er doch schon in seinen Erinnerungen („Unterm Strich“, 2010), dass er bei der Aufstellung neuer „Verkehrsregeln für die Finanzmärkte“ „keine Kaninchen aus dem Hut zaubern“ könne, wenn er zum Beispiel eine strikte Bilanzführungstransparenz, die Notwendigkeit höherer Eigenkapitalanforderungen oder ein Verbot schädlicher Leerverkäufe einklagen würde.

Inhaltlich hat die SPD ihren Kandidaten bislang mehr bewegt als dieser seine Partei. Er wirkt zusehends programmisch eingemauert. Die lästigen Bodyguards von links à la Ralf Stegner in Kiel pflegen jede sachpolitische Stellungnahme Steinbrücks auf Parteilinie nach zu kommentieren, zu ergänzen oder zurecht zu biegen, um dem gelittenen Kandidaten damit auch die letzte Illusion der beanspruchten Beifreiheit zu nehmen. Noch gilt Peer Steinbrück wegen seiner Vortragsmillionen und unglücklichen Dampfplaudereien als beschädigt. Grund für seine internen Kritiker von links, seine Bußfertigkeit noch auf harte inhaltliche



„Inhaltlich hat die SPD ihren Kandidaten bislang mehr bewegt als dieser seine Partei.“

Proben zu stellen. Wie er angesichts solcher Handicaps seine Lieblingsrolle als Brückenschläger zu Wählern der neuen Mitte noch wahrnehmen kann, bleibt vielen ein Rätsel.

Doch ob mit oder ohne Steinbrück – die SPD kann nicht davon ausgehen, dass die brennende Aktualität „ihrer“ Themen ihr auch den Erfolg garantieren. Die Partei verfügt kaum noch über ein Alleinstellungsmerkmal, mag sie auch sehr bemüht sein, alle gesellschaftlichen Probleme auf die soziale Frage herunter zu brechen. Bündnis 90/Die Grünen gelten mittlerweile weit mehr als Projektionsfläche für den gesellschaftlichen Wandel. Während Angela Merkel es dank einer erstaunlichen Anpassungskapazität häufig genug verstanden hat, Reizthemen zu entdramatisieren und die Gegner von links zu „dehydrieren“.

DAS WAHLKONZEPT DER ANGELA MERKEL

von Alfred Merta

„Als asymmetrische Demobilisierung“ wird laut „Wikipedia“ „in der Politikwissenschaft eine Wahlkampfstrategie bezeichnet, bei der durch das Vermeiden einer Stellungnahme zu kontroversen Themen vermieden wird, die potentiellen Wähler des politischen Gegners zu mobilisieren.“

Noch präziser erklärt es die Tageszeitung „Welt“: „Wenn alle schlafen, gewinnt die Kanzlerin.“

So hat Angela Merkel 2009 den Wahlsieg für die Union, ja für die ganze schwarz-gelbe Koalition, herbeigeführt: Sie verzichtete auf prägnante, polarisierende Wahlkampf-Themen, bot ihren politischen Gegnern keine Reibungsfläche. Die SPD, gerade noch Merkels Partner in der gut funktionierenden Großen Koalition, konnte nicht einmal den eigenen Wählern erklären, warum diese erfolgreiche Kanzlerin nicht im Amt bleiben sollte. Eine politische Konfrontation brachten die Sozialdemokraten nicht zu stande, sie landeten bei katastrophalen 23 Prozent.

Kann Merkel diese Wahlkampfstrategie des Ausweichens, in der sie nicht die Rolle einer Kämpferin, sondern die der



Alfred Merta

war als Journalist u.a. für den Axel-Springer-Verlag tätig und arbeitet heute als freier Publizist im Raum Köln.

präsidialen Regentin einnimmt, 2013 noch einmal riskieren? Schließlich ist ihr nach der letzten Wahl vorgeworfen worden, ihre Einschlaf-Kampagne habe der Demokratie geschadet, habe die Wahlbeteiligung nach unten gedrückt, kurz: sie sei politisch zynisch gewesen. Diese Kritik würde diesmal weit vor dem Wahltermin einsetzen. Und die SPD wird alles daran setzen, Merkels nun durchschaubares Konzept auf jeden Fall zu durchkreuzen.

Doch die Kommentatoren mögen sich aufregen, die SPD mag gar Puccinis Ariens-Hit „Nessun dorma“ (Keiner schlafe!) zu ihrer Wahlkampf-Hymne machen -

Angela Merkel wird dennoch erneut auf die „asymmetrische Demobilisierung“-setzen. Sie hat sich längst entschieden, sie hat schon lange darauf hingearbeitet. Die Wahlniederlage in Niedersachsen, Steinbrücks Patzer, alle weiteren günstigen und ungünstigen Episoden bis zum Wahltermin – *das spielt sich alles unterhalb der Flughöhe ab*, auf der Merkel gesehen werden möchte. Mittlerweile hat die Kanzlerin, was ihren Wahlkampf betrifft, ohnehin keine Wahl mehr: Weder sie selbst noch die CDU wären in der Lage, eine thematisch zugespitzte Auseinandersetzung zu führen. Sie haben ein einziges Argument, auf das sie setzen können: Merkel muss Kanzlerin bleiben!

„Sie haben ein einziges Argument, auf das sie setzen können: Merkel muss Kanzlerin bleiben!“

Zynisch ist an einer solchen Wahlkampfstrategie nichts. Wer das behauptet, schätzt die Wähler gering. Denn die Wähler bestimmen das Wahlergebnis, niemand sonst. Und wenn am Ende mehr potenzielle Sympathisanten von Rot-Grün („asymmetrisch“) nicht zur Wahl gehen, weil sie Merkel eigentlich nicht stürzen wollen, und nur wenige CDU-Anhänger durch den langweiligen Wahlkampf demobilisiert werden, dann wäre das Merkels verdienter Sieg.

Es geht in der Politik nicht nur um programmatische Unterscheidbarkeit, es geht manchmal noch mehr um Personen.

Nämlich dann, wenn eine Partei einen Spitzenkandidaten präsentieren kann, der auch im Lager des Gegners akzeptiert wird. So haben große Figuren von Rau bis Strauß ihre triumphalen Siege eingefahren: Die eigenen Anhänger gingen alle begeistert zur Wahl, ein Teil der Stammwähler des politischen Gegners blieb zu Hause. Auf Wechselwähler von einem zum anderen Lager setzen Wahlstrategen eher weniger.

Merkels Strategie, erneut als nicht kämpfende Wahlkämpferin aufzutreten, ist 2013 mit ein paar mehr Risiken verbunden als vor vier Jahren. Aber insgesamt ist die Ausgangslage der von 2013 doch ziemlich ähnlich.

Erstes Risiko: Merkel kann diesmal nicht damit rechnen, dass CDU/CSU und die auf Unions-Leihstimmen angewiesene FDP eine gemeinsame Mehrheit bekommen. Merkel muss also hoffen, dass in den Augen der Wähler auch Rot-Grün keine Aussicht auf eine eigene Mehrheit hat, weil viele linke Stimmen – anders als in Niedersachsen - an die Linkspartei gehen und somit verloren sind. Dann würde Merkel, wenn die Union stärkste Kraft wird, ihren Kanzler-Anspruch be halten und eine neue Koalition bilden. Bekommt Rot-Grün dagegen eine realistische Siegchance, dann ist Schluss mit der Demobilisierung. Dann sind SPD- und Grünen-Anhänger auch vom Merkel-Bonus nicht mehr von der Urne fernzuhalten.

Zweites Risiko: Wenn die EU-Schuldenkrise im Bewusstsein der Bürger so gut wie ausgestanden ist, dann könnte der Glanz der Krisenmanagerin Merkel an Wert verlieren. Dann könnten andere Themen Bedeutung bekommen, etwa die soziale Gerechtigkeit. Sie soll ja der Wahlkampfschwerpunkt der SPD werden. Bei diesem Thema ist Merkel persönlich nicht sonderlich überzeugend. Da würde es sich rächen, dass sie in der CDU keine anderen starken Figuren neben sich duldet. Kohl hatte Blüm, der die soziale Flanke schloss. Für Merkel könnte das die talentierte Ursula von der Leyen tun, aber die CDU-Vorsitzende hat sie nicht stark genug werden lassen.

Günstig wie 2009 ist die Ausgangslage für Merkel in zwei Punkten: Die Wahl bedeutet erneut so etwas wie den Abschluss einer Großen Koalition. Und es gibt in Deutschland keine strittigen politischen Themen, mit denen die Kanzlerin zwingend in die Defensive getrieben werden könnte.

Das weitgehend stümperhafte Agieren der schwarz-gelben Koalition hat den guten Umfragewerten der Kanzlerin nicht geschadet, weil diese Koalition für das Land längst nicht so wichtig war wie der parteiübergreifende Konsens in den zentralen Fragen der Europapolitik. Da haben SPD und FDP zwar viel auf Merkel geschimpft, aber am Ende stimmten sie doch mit der Kanzlerin. Rote und Grüne haben so zwar Regierungsfähigkeit bewiesen. Kaum ein Wähler würde sich davor fürchten, dass eine der beiden

Oppositionsparteien ab 2013 regiert – allerdings unter Merkel als Kanzlerin.

Was politische Themen betreffen, so hat Merkel entschlossen alles abgeräumt, was sie in eine Minderheitsposition bringen könnte. Von der Energiewende bis zu Bankensteuer und Mindestlohn hat sie die Union auf rot-grünen Kurs gebracht und damit ihren Angreifern die Waffen geklaut. Nicht sehr elegant, aber effektiv. Bleibt – als Bedrohung oder weiterer Vorteil – noch die Person des SPD-Kanzlerkandidaten. Was diese Variable betrifft, hat Merkel in Steinbrücks ersten selbstzerstörerischen Wochen einen „windfall profit“ eingestrichen. Ein selbstbewusster, aggressiver, politisch kluger Peer Steinbrück könnte ihr bis zum Wahltermin gewiss mehr zusetzen als der solide, mehr beamtenhaft als politisch agierende Frank-Walter Steinmeier vor vier Jahren. Doch bislang sieht es so aus, als sei auch Steinbrück eher ein unpolitischer Kopf. Dann ist er leichte Beute für die durch und durch politisch agierende Merkel.

Der Wahlkampf hat noch gar nicht begonnen, da ist Steinbrück möglicherweise sogar schon das erste Opfer von Merkels Strategie geworden - weil er sich ihrer kühl kalkulierten zurückhaltenden Positionierung zu kramphaft widersetzen wollte. Uwe-Karsten Heye, langjähriger Regierungssprecher des letzten SPD-Kanzlers Gerhard Schröder, hat in Steinbrück's Eröffnung den Versuch beobachtet, „ein Gegenbild zu Frau Merkel zu sein“. Nämlich „männlich, intellektuell

und draufgängerisch“. Heye: „Steinbrück hat sich in eine Haltung begeben, die nicht ausgreifend genug ist.“

Die Kanzlerin steht 2013 erneut vor einem Wahlkampf, den sie gewinnen will, weil sie so ist wie sie ist. Fast vergessen, was ihr einmal der ehemalige CDU-interne Rivale Friedrich Merz vorhielt: „Es kann nicht der einzige Sinn und Zweck einer politischen Partei sein, in jedem Fall in der Regierung zu sein, egal mit welchem Ergebnis, egal mit welcher Politik und egal mit welchem Koalitionspartner.“

Wenn Merkel darauf ehrlich antworten wollte, würde sie sagen: Doch! Und wenn die Wähler ihr recht geben, dann hat sie auch recht.

DUELL DER KANZLERKANDIDATEN - WEIBLICHE GELASSENHEIT ODER MÄNNLICHE WORTGEWALT

von Alexander Niemetz

Vorneweg - Wahlen werden nur selten in TV Duellen entschieden. Und dennoch, es ist eine Sache der Psychologie, sie können Schub geben oder Abstürze provozieren (Romney gegen Obama ist das amerikanische, Beck gegen Klöckner das deutsche Beispiel - die Wahl gewonnen haben in beiden Fällen dennoch die Amtsinhaber). TV Duelle sind gewissermaßen das Ferment der Wahlkämpfe; und noch etwas: sie sind in der Regel eine Chance für die Herausforderer.

Aber: TV-Duelle stehen selbstverständlich im politischen Kommunikationsumfeld der Wahlkämpfe. Verkorkste Leistungen im Wahlkampf, miese Umfrageergebnisse können auch die beste Performance im Fernsehduell kaum kompensieren. Steinmeier etwa war Merkel ebenbürtig im Duell, aber chancenlos in den Umfragen; gleiches gilt für Rüttgers gegen Kraft – dem Amtsinhaber nützte selbst ein beachtlicher Duell-Auftritt herzlich wenig; Schröder gegen Merkel, einbrisantes Duell auf Augenhöhe – es hat Schröder nicht genutzt und hat auch Merkels Wahlkampf kaum gepusht. Einzig in Schleswig-Holstein, im Duell Simonis gegen Carstensen, drehte der Herausforderer, mit einem Parforceritt in der Debatte, die Umfrageergebnisse



Alexander Niemetz

langjähriger Moderator des ZDF heute-journals, ist als freier Publizist, Autor und Medienberater tätig.

und schließlich die Wahl.

Übrigens: Alle eben genannten Duelle waren Mann-Frau-Duelle, aber jedes von ihnen lebte von einer absolut eigenen Psychologie, die nichts aber auch gar nichts mit vermeintlich tradierten Stereotypen zu tun hatte. Der vermeintliche Macho Schröder gab sich gegen Merkel gefühlsduselig, emotional („Ich liebe meine Frau“), Merkel kommunizierte cool, konzentriert und gelassen, ohne weibliche Raffinesse, sie hielt sich strikt an ihre Botschaften. Carstensen gab den emotionalen Landesvater, war argumentationsstark und überraschte die emotionslose, fast starre Landesmutter Simonis. In Mainz war die Weinkönigin

Klöckner mit einem offensiven, positiven Auftritt die Chefin im Ring und hielt den behäbigen, bärbeißigen Beck klar auf Distanz. Koch übrigens, der eigens von einer Psychologin auf Ypsilanti vorbereitet wurde, machte als vermeintlich rhetorischer Überflieger keine grandiose Figur; er blieb verklemmt blass. Mann oder Frau - männliche Wortgewalt oder weibliche Gelassenheit - für ein Fernsehduell ist das nicht entscheidend.

Fernsehduelle sind der Resonanzboden für die Kommunikationsstrategie eines Wahlkampfes. Sie müssen also typen- und themengerecht sein. Sie sind eine inhaltliche und eine rhetorische Auseinandersetzung. Das heißt: Die Botschaften müssen stimmen, sie müssen zu den Duellantnen passen und sie müssen im Stil überzeugen. Wer diesem Grundsatz nicht folgt, hat ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Polternde, arrogante oder gar testosterongesteuerte Aggressivität ist also deplatziert; genauso kontraproduktiv ist der emotional überladene Gestus. Kommunikationspsychologen halten eine positiv-offensive Argumentation allemal für stärker, als die negativ-defensive (übrigens: eine klare Absage an das angeblich so erfolgreiche „negativ campaigning“, welches den US Wahlkampf dominierte) Nochmals: Die typengerechten Botschaften sind entscheidend. Damit bin ich beim Duell Merkel gegen Steinbrück.

Die Ausgangslage: Ein Bild aus der Zeit der Großen Koalition hat sich in das Bewusstsein der Wähler eingebrannt - Mer-

kel und Steinbrück, die Krisenmanager in der Finanzkrise, die gemeinsam die Spareinlagen der Deutschen garantieren. Kluge, gemeinsame, unaufgeregte Politik, die Vertrauen schafft. Merkel, die ihre marktliberale Reformagenda entschärft hat, und Steinbrück, der loyale und überzeugte Nachlassverwalter von Schröders Agenda 2010, haben sich gefunden. Sie reformieren gemeinsam (Rente mit 67), sie sanieren gemeinsam (Hypo Real Estate, Commerzbank), sie stehen beide für die gleiche Fiskalpolitik (gegen höhere Steuern, für solide Finanzen, Konjunkturprogramme zur Stützung der Realwirtschaft), sie vertrauen gleichen arbeitsmarktpolitischen Rezepten (Kurzarbeitergeld, Hartz IV) in der Krise; sie demonstrieren Schulterschluss in der Europapolitik. Kurz: Sie sind Garanten für den Erfolg der Großen Koalition, sie sind die Krisenmanager par excellence. Das Bild hat sich eingebrannt.

Gewiss: Politik steht nicht still; die Themen haben sich geändert; auf die Krise der Finanzmärkte folgte die Staatsschuldenkrise, die Euro-Krise; die Regulierung der Finanzmärkte (der Banken, der Hedgefonds, der Börsen) beschäftigt die G20, die europäischen und die nationalen Regierungen; die Bundestagswahl 2009 verändert das politische Koordinatensystem in Deutschland. Merkel bleibt Kanzlerin, bestimmt weiter die Richtlinien der Politik, pragmatisch, leise, fast präsidual. Steinbrück wird Buchautor, Vortragsredner und Frontmann für die Agenda 2010, aber er setzt auch neue Akzente: Bankenregulierung, Finanztransaktionssteuer,

Euro-Rettung. Er tut es laut, wortgewaltig, provokant, wenn auch meistens auf alter Linie. Wie nahe er immer noch an Merkel ist, zeigt eine zentrale Persönlichkeit: Merkels wichtigster Mann in Sachen Finanz- und Schuldenkrise, in Sachen Euro-Rettung, ist ein Steinbrück-Mann, Jörg Asmussen. Und schließlich, der qualvolle Dauer-brenner Eurorettung: Steinbrück und die SPD tragen den Kurs der Kanzlerin im Bundestag verlässlich mit (bei allen Nuancen und Unterschieden etwa zum Thema Eurobonds). Europäischer Fiskalpakt und Banken-Union sind gemeinsames europapolitisches Rüstzeug für Schwarz-Gelb und Rot-Grün.

Das alles ist natürlich schon eine gewaltige Hypothek für den Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. Er muss die Kanzlerin herausfordern. Politische Volten rückwärts verbieten sich, sie zerstören Glaubwürdigkeit, sind also kontraproduktiv – zumal Merkel in puncto Glaubwürdigkeit in Umfragen weit vor dem Herausforderer liegt. Geschmeidige Anpassung passt nicht zum Charakter, zur Rhetorik, zum Selbstverständnis des Peer Steinbrück – er will, er kann kein Duell in der Tonlage Merkel-Steinmeier. Also muss er das thematische, politische Koordinatensystem verschieben, differenziert neue Themen setzen, um angreifen zu können, um ein Signal für einen Richtungswahl setzen zu können: Soziale Gerechtigkeit („Deutschland braucht mehr „Wir“ und weniger „Ich“!“), Steuererhöhungen (Spitzensteuersatz, Erbschaftssteuer, vielleicht Reichensteuer), Finanztransaktionssteuer; Bändigung der Banken und Finanzmärk-

te; Mindestlohn. Steinbrück's Problem: Das ist zwar durch und durch sozialdemokratisch, aber Steinbrück wirft alte, bekannte Überzeugungen über Bord, dementiert sich selbst. Auch das nennt man Glaubwürdigkeitsproblem.

Die Kanzlerin ficht das nicht an, sie weiß, was der Wähler erwartet: Erst Wohlstandssicherung, dann Gerechtigkeit – sie wird bei guter Wirtschaftslage ihre Wirtschaftskompetenz in die Waagschale werfen. (Auch da liegt sie in Umfragen weit voraus). Die hohe Beschäftigung und die relativ geringe Arbeitslosigkeit, der Rückgang der Hartz IV-Bezieher spielen ihr in die Hände. Sie gilt als verlässliche Steuerfrau in der Euro-Krise, die Solidität und Solidarität in der Balance hält und so deutsche Interessen und Fortschritte in Europa gewissermaßen unter einen Hut bringt. Auch hier erhält sie in Umfragen einen Vertrauensvorschuss vor ihrem Herausforderer. Merkel mag nicht die Kanzlerin der Visionen sein, aber sie strahlt eine Bodenständigkeit aus, eine Stetigkeit, die bemerkenswert ist. Natürlich hat sie Positionen gewechselt, Ballast über Bord geworfen; sie hat im Handstreich sozialdemokratische und grüne Themenparks geentert (Familienpolitik, Atomausstieg, Mindestlohn usw.) und damit auch den konservativen Flügel der Christdemokraten frustriert. Aber mit ihrem sturen Pragmatismus hat sie an Popularität und Vertrauen gewonnen. Das Resultat zeigt sich in ihren Umfrageergebnissen. Wann hat die Union zuletzt die 40 Prozent-Marke übertroffen?

Die Umfragen zu den Kandidaten sowie der verpatzte Einstieg des Kanzlerkandidaten Steinbrück in die Wahlkampfarena beschreiben zum Auftakt des Wahljahres folgendes Szenario: Steinbrück muss angreifen, Steinbrück muss punkten, er muss dabei weit in die Mitte hineingreifen, muss aus dem 30 Prozent-Ghetto raus, wenn er siegen will. Und der SPD-Mann setzt ausschließlich auf Sieg, Kanzlerschaft oder nichts - er steht für eine Große Koalition nicht zur Verfügung, er begibt sich somit in die babylonische Gefangenschaft mit den Grünen. Dafür wollte Steinbrück „Beinfreiheit“, weil er realisierte, dass seine Beliebtheit beim Wahlvolk vor allem darauf beruht, dass es in ihm keinen lupenreinen Sozialdemokraten sieht. Kanzlerin Merkel ist in viel komfortablerer Lage: Schafft es die FDP, ist nach heutigem Stand Schwarz-Gelb möglich; in einem Vier-Parteien-Bundestag mit Union, Sozialdemokraten, Grünen und Linkspartei wird gegen sie kaum regiert werden können, wenn sie an die 40 Prozent herankommt. Sie hat dann mehrere Koalitionsoptionen.

Steinbrück wird also klare Kante zeigen, wird wortgewaltig ein rhetorisch aggressives Sperrfeuer herbeizaubern - anders kann er nicht, er ist kein Mann der leisen, gefühlvollen Töne, kein Kümmerer wie etwa Ministerpräsidentin Kraft. Er kann nicht den Anwalt der sozial Schwachen geben, dagegen steht der Nimbus des honorarhungrigen Vortragsredner bei den klammen Stadtwerken Bochum; man würde ihm den harten Dompteur der Banken und Finanzmärkte abneh-

men, hätte er nicht als gefeierter Star die Banken gegen Geld mit seinen politischen Erkenntnissen konfrontiert; selbst als Kämpfer für die Steuergerechtigkeit taugt einer kaum, der erst nach staatsanwaltschaftlicher Intervention einen Vortrag bei einer Schwarzgeld infizierten Schweizer Bank absagt - notabene am Tag vor seiner Nominierung auf dem SPD-Parteitag. Peer Steinbrück, der ehrliche Makler, der Kandidat, der auf das „Wir“ statt auf das „Ich“ setzt - so möchte er sich inszenieren. Gegen Angela Merkel, die Taktiererin, die Meisterin der Macht, die Hinterzimmer-Kanzlerin, die Frau ohne Überzeugungen. Das ist ein ziemlich schwieriger Part. Und der Grat zwischen klarer Kante und Instinktlosigkeit ist schmal.

Kanzlerin Merkel kann also die Rolle spielen, die sie liebt: Gelassen abwarten. Sie hat bisher schweigend das Schauspiel Steinbrückscher Selbstdemontage verfolgt (sie pflegt ja einen zurückhaltenden, bescheidenen Lebensstil, ohne Hang zu „Zigarette und Brioni“). Sie muss auch im Duell nicht auftrumpfen, politische Fakten sind ihre besten Botschaften (Wachstum, Arbeitslosenzahlen, die Euro-Rettung usw.) Mit testosterongesteuerten politischen Antipoden hat sie Erfahrung aus ihrem eigenen, christdemokratischen Sprengel; sie hat in einembrisanten Duell gegen Kanzler Schröder Bella Figura gemacht. Steinbrück attestiert Frau Merkel einen Frauenbonus. Ja, Merkel punktet bei Frauen besonders, aber sie hat Umfragemehrheiten auch bei Männern - und die wählen sie nicht, weil sie eine Frau ist.

„DAS ZWEITGRÖSSTE PARLAMENT NACH DER VOLKSREPUBLIK CHINA.“

von Prof. Dr. Frank Decker

Die geplante Neuregelung des Wahlrechtes darf nicht das letzte Wort bleiben.

Mit dem jetzt zur Verabschiedung anstehenden Gesetz wird der Streit um das Wahlrecht in der Bundesrepublik fürs Erste befriedet sein. Dass Union, SPD, FDP und Grüne die Neuregelung im Konsens getroffen haben, ist eine gute Nachricht. Dazu bedurfte es freilich der zweimaligen Nachhilfe durch das Bundesverfassungsgericht. 2008 hatte Karlsruhe das bestehende Wahlgesetz wegen des Auftretens negativer Stimmgewichte für verfassungswidrig erklärt. Obwohl das einstimmig ergangene Urteil die Möglichkeit geboten hätte, das Problem konsequent und einvernehmlich zu lösen, indem man die Quelle der negativen Stimmgewichte – die vermehrt anfallenden Überhangmandate – austrocknet, wollte die Regierungsseite den Vorteil behalten, der ihr in der aktuellen Konstellation des Parteiensystems durch die Überhangmandate entsteht. Deshalb setzte sie gegen die Stimmen der Opposition mit ihrer eigenen Mehrheit ein Gesetz durch, das diese nicht antastete. Das Vorhaben geriet zu einer Blamage. Nicht nur, dass die vom Verfassungsge-



Prof. Dr. Frank Decker
ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

richt gesetzte Dreijahresfrist für die Neuregelung missachtet wurde. Der Entwurf war auch handwerklich so schlecht, dass er nach der absehbaren Klage der Opposition in Karlsruhe scheitern musste. Das im Juli gesprochene Urteil erging noch rechtzeitig genug, um vor der Bundestagswahl 2013 die nun gefundene einvernehmliche Lösung herbeizuführen.

Zu lösen war die Frage, wie mit den Überhangmandaten umgegangen werden soll. In der Kontinuität zu seiner früheren Rechtsprechung hat Karlsruhe diese auch im jüngsten Urteil nicht per se für verfassungswidrig erklärt, sondern erst, wenn sie in größerem Umfang an-

fallen. Dieser Umfang wurde jetzt mit 15 Mandaten genau festgelegt. Dass diese Grenzziehung nicht nur willkürlich, sondern auch logisch unstimmig ist, liegt auf der Hand: 30 Überhangmandate, die sich gleichmäßig auf die beiden großen Parteien verteilen, verletzen den Gleichheitsgrundsatz weniger als 15 Mandate, die nur einer Seite zugutekommen! Hätten diese wahlentscheidende Bedeutung, wäre mit Sicherheit schon bald ein neues Verfahren in Karlsruhe zu erwarten. Die Richter nahmen das Risiko in Kauf, um innerhalb des Senats einen Kompromiss zwischen den überhangfreundlichen und -skeptischen Kräften herzustellen. Damit wollten sie eine Konstellation wie beim berühmten Verfahren von 1997 vermeiden, als nur vier Richter das überhangfreundliche Urteil mitgetragen hatten.

Bei der nun gefundenen Lösung hat sich vor allem die Union bewegt. Der Versuchung, die von den Richtern gezogene Grenze von 15 zulässigen Überhangmandaten auszuschöpfen, hat sie klugerweise widerstanden. Beide Seiten kamen deshalb rasch überein, dass die Überhangmandate vollständig neutralisiert werden sollten. Dafür gab und gibt es im Prinzip zwei Möglichkeiten: Entweder man verrechnet die Überhänge mit Listenmandaten derselben Partei in anderen Bundesländern oder man gleicht sie durch zusätzliche Mandate für die anderen Parteien aus. Für die Verrechnungslösung traten vor allem die Grünen ein, die von den Überhangmandaten ohnehin keinen Vorteil haben. Die beiden

großen Parteien als deren potenzielle Nutznießer taten sich mit dem Vorschlag hingegen schwer, der darauf hinausgehen wäre, dass Landesverbände in Bundesland x für Überhänge derselben Partei in Bundesland y hätten „bluten“ müssen. Die föderalen Ungleichgewichte, die durch die Überhangmandate erzeugt werden, würden dadurch noch weiter verschärft. Die Verrechnungslösung war Union und SPD deshalb nicht zu vermitteln.

Die stattdessen gefundene Ausgleichslösung trägt vor allem die Handschrift der Sozialdemokraten. Sie sieht vor, die Gesamtzahl der Sitze des Bundestages soweit zu erhöhen, dass bei der bundesweiten Oberverteilung der Mandate an die Parteien und der Unterverteilung auf die Landeslisten alle Wahlkreismandate auf die Zweitstimmenmandate der Parteien angerechnet werden können. Das Stimmenverhältnis, das sich aufgrund der Zweitstimmen ergibt, wird dadurch wiederhergestellt. Um eine Inflationierung der Zusatzmandate zu vermeiden, ist dabei allerdings nur ein parteipolitischer, kein föderaler Ausgleich geplant. Scheiden Abgeordnete aus Überhang-Ländern während einer Legislaturperiode aus dem Bundestag aus, werden deren Mandate künftig nachbesetzt.

Die Parteien werden für die Ausgleichslösung keinen öffentlichen Beifall erwarten können. Die Kritik entzündet sich vor allem an der erwarteten Aufblähung des Bundestages durch Überhang- und Ausgleichsmandate. In Satiresendungen

wurde bereits über das „zweitgrößte Parlament nach der Volksrepublik China“ gespottet, das nach der Bundestagswahl 2013 entsteht. Der Bund der Steuerzahler beziffert die Mehrkosten für die Amtsausstattung, Entschädigung und Versorgungsansprüche der hinzukommenden Abgeordneten auf bis zu 60 Millionen Euro jährlich. Die einen mögen dies für eine gemessen an den Gesamtkosten des Parlaments geringe Summe halten, die uns die Demokratie wert sein sollte. Die anderen werden von einer instinktlosen Selbstbedienung der Politiker sprechen, die die von ihnen selbst geforderten Sparanstrengungen der öffentlichen Haushalte konterkarieren. Die Parteien sollten den Mut haben, für die Ausgleichslösung offensiv einzutreten. Den Vorwurf, mögliche Alternativen außer Acht gelassen und den für sich bequemsten Weg gewählt zu haben, werden sie dabei aber wohl nicht entkräften können.

Problematisch an der Ausgleichslösung ist weniger die Vergrößerung des Parlaments an sich als die Tatsache, dass sie die Zahl der Abgeordneten zu einer disponiblen Größe macht. Wie groß der Bundestag ist, steht nicht von vornherein fest, sondern hängt von den Unbilden des Wählerverhaltens ab. Gleichzeitig unterminieren die Zusatzmandate den Sanktionscharakter der Wahl. In Nordrhein-Westfalen stellt die CDU heute zum Beispiel dank der großzügigen Ausgleichsregelung des Landeswahlgesetzes genauso viele Abgeordnete wie in der letzten Legislaturperiode, obwohl sie bei der Wahl im Mai 8,3 Prozentpunk-

te verlor. Strittig ist außerdem, ob Ausgleichsm mandate das Auftreten negativer Stimmgewichte in jedem Fall verhindern können, woran Union, SPD, FDP und Grüne in der Begründung ihres Gesetzentwurfs selbst Zweifel hegen.

Simulationsrechnungen des Bundeswahlleiters haben ergeben, dass der 2009 gewählte Bundestag unter dem neuen Wahlrecht statt 622 (598 reguläre plus 24 Überhangmandate) durch weitere zwei Überhang- und 47 Ausgleichsm mandate insgesamt 671 Abgeordnete zählen würde – dies entspricht einer Vergrößerung um 12,2 Prozent. 2005 und 2002 wäre die Vergrößerung moderater ausgefallen (4,5 bzw. 2,0 Prozent). Über die Größe des kommenden Bundestages lässt sich im Lichte der aktuellen Umfragen nur spekulieren. Drei „Risikofaktoren“ für eine starke Aufblähung lassen sich ausmachen. Der erste Faktor betrifft die Überhangmandate. Je mehr Überhänge zugunsten einer der beiden großen Parteien anfallen, desto mehr Ausgleichsm mandate werden notwendig. Der zweite Faktor betrifft speziell die Überhangmandate der CSU. Weil sich die Zahl der Ausgleichsm mandate aus dem bundesweiten Überhang ergibt, werden aufgrund des geringen bundesweiten Zweitstimmenanteils der CSU für deren Überhänge wesentlich mehr Ausgleichsm mandate benötigt als für die Überhänge der CDU. Ein schwaches Zweitstimmenergebnis der CSU in Bayern, das zu mehr Überhangmandaten führt, könnte also die Gesamtzahl der Abgeordneten stark anschwellen lassen. Kritiker wie

der Friedrichshafener Wahlforscher Joachim Behnke sehen hier die eigentliche Achillesferse des neuen Gesetzes. Der dritte Faktor bezieht sich auf die unterschiedlichen Wahlbeteiligungen in den Bundesländern. Auch diese versucht das neue Gesetz auszugleichen, um zu gewährleisten, dass hinter jedem Mandat gleich viele Stimmen stehen. Klapfen die Wahlbeteiligungen stark auseinander, kommt es zu einer höheren Zahl an Ausgleichsmandaten. Der Effekt hängt auch damit zusammen, dass das neue Gesetz die von der Koalition zur Vermeidung des negativen Stimmgewichts 2011 eingeführte Vorabverteilung der Sitze auf die Landeslisten zwar beibehält (durch Abschaffung der bis dahin bestehenden Listenverbindungen), dabei aber nicht mehr auf die Wähler, sondern auf die Bevölkerungszahl abstellt. In der ersten Stufe der Verteilung erhält danach jedes Land doppelt so viele Sitze, wie es Wahlkreise hat.

Bei einer starken Vergrößerung des kommenden Bundestages könnten die Parteien unter Druck geraten, der jetzt gefundenen Neuregelung eine weitere folgen zu lassen, die die Zahl der zusätzlichen Mandate wieder auf eine vertretbare Größenordnung zurückführt. Die Gelegenheit dazu bietet sich, weil nach abgeschlossener Volkszählung die 299 Wahlkreise vermutlich ohnehin neu zugeschnitten werden müssen. Dies könnte man nutzen, um entweder die Zahl der Direktmandate soweit abzusenken, dass auch bei einer größeren Zahl von Überhang- und Ausgleichsmandaten die

Richtgröße von 600 Abgeordneten im Regelfall nicht nennenswert überschritten wird. Oder man entschließt sich, das Verhältnis von Direkt- und Listenmandaten komplett neu zu justieren. Läge der Anteil der Direktmandate bei 40 statt wie heute 50 Prozent, würden Überhangmandate nicht mehr oder nur noch in geringer Zahl entstehen, sodass auch entsprechend weniger Ausgleichsmandate erforderlich wären. Den Nachteil größerer Wahlkreise müsste man dabei in Kauf nehmen.

An einer breiter angelegten Reform der personalisierten Verhältniswahl dürften die Parteien weiterhin kein Interesse haben. Dies gilt für die Abschaffung des intransparenten und zur Manipulation einladenden Zweistimmensystems ebenso wie für die Fünf-Prozent-Sperrklausel, deren unerwünschte Nebenwirkungen durch nicht repräsentierte Stimmen im Zuge der Pluralisierung des Parteiensystems stärker hervortreten. Vorschläge für eine Personalisierung der Listenwahl („Kumulieren und Panaschieren“) werden noch nicht einmal für die Landesebene erwogen. Selbst die unter dem Gesichtspunkt der Wahlrechtsgleichheit kaum zu rechtfertigende Grundmandatsklausel stellt unter den politischen Akteuren niemand in Frage. Die Bundesrepublik bestätigt damit den auch aus anderen Ländern bekannten Befund, dass Wahlsysteme, sind sie erst einmal etabliert, ein hohes Beharrungsvermögen aufweisen.

DEBATTE

NEUE POLITISCHE FARBENLEHRE ODER WIEDER GROSSE KOALITION?

von Prof. Dr. Hubert Kleinert

Mit dem Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahlen scheint eine der vielen Fragen beantwortet, die sich im Blick auf die Bundestagswahlen am 22. September stellen. Wenn keine völlig unerwarteten Ereignisse eintreten, wird auch der 18. Deutsche Bundestag fünf Fraktionen haben: Die Freien Demokraten werden den Einzug in den Berliner Reichstag schaffen, die Piraten nicht. Nur 16 Monate, nachdem sie spektakulär ins Berliner Abgeordnetenhaus eingezogen sind und anschließend auch die Landtage in Saarbrücken, Düsseldorf und Kiel entern konnten, ist ihr kurzer Höhenflug schon wieder zuende. Allzu dünn die politische Substanz, allzu verworren ihr Innenleben. Jedenfalls ist nicht zu erkennen, welche neue Woge von Proteststimmung sie in den kommenden Monaten wieder nach oben spülen könnte.

Ansonsten bleibt nach den Wahlen



Prof. Dr. Hubert Kleinert,
ist an der Hessischen Hochschule
für Polizei und Verwaltung in Gießen
tätig.

in Hannover vieles offen: Der hauchdünne Erfolg von rot-grün erspart den Sozialdemokraten schwierige Diskussionen und lässt der rot-grünen Option eine Restchance. Gleichzeitig kann eine Neuauflage von schwarz-gelb trotz des Sensationsergebnisses der FDP so gut wie ausgeschlossen werden. Denn nach menschlichem Ermessen wird die Links-

partei auch im neuen Bundestag wieder vertreten sein.

Das freilich mindert auch die Chancen für rot-grün erheblich. Da die Union mit großer Sicherheit auch diesmal die deutlich stärkste Partei werden wird, spricht vieles dafür, dass am Ende die Große Koalition unter Führung von Angela Merkel eine Neuauflage erleben wird.

Als Alternative dazu kämen rechnerisch neben schwarz-grün nur Dreierbündnisse in Betracht: Rot-rot-grün oder grün-sozialliberal. Ein Bündnis der Rot-Grünen mit der Linkspartei wird bislang von den Sozialdemokraten kategorisch ausgeschlossen. Auch die Grünen wollen das nicht. Und tatsächlich ist kaum vorstellbar, wie angesichts der außenpolitischen Vorstellungen der Linkspartei, ihren sozialpopulistischen Neigungen und ihrer Grundhaltung in den Fragen der Stabilisierung des Euroraumes ein solches Bündnis möglich werden könnte. In der Außen- und Europapolitik jedenfalls ist die Linkspartei viel weiter von rot und grün entfernt als die Union. Hinzu kommt, dass die Öffnung einer solchen Option Sozialdemokraten und Grünen allerhand interne Diskussionen und Schwierigkeiten, der Linkspartei aber kostenlose Wahlhilfe bescheren würde.

Demnach kann diese Option ebenso ausgeschlossen werden wie eine Allianz von rot-grün mit der FDP. Die Sozialdemokraten werden den strategischen Fehler von 2009 nicht noch einmal begehen, einerseits die FDP als Sachwalter eines Markt- radikalismus zum politisch-ideologischen

Hauptgegner zu erklären, andererseits aber mit Koalitionsoptionen in ihre Richtung zu lavieren. Auch die Grünen würden Schwierigkeiten bekommen, eine solche Öffnung zu erklären. Schließlich verkünden auch sie seit langem, dass die FDP als „neoliberal“ Kraft für sie weiter entfernt sei als die Union. Gerade bei ihrem Leib- und Magenthema Energiewende ist kaum vorstellbar, wie sich die Vorstellungen von grün und gelb zusammenbringen ließen. Hier steht Altmeiers CDU den Grünen deutlich näher. Auch für die FDP kann diese Option kaum in Betracht kommen. Trotz ihres unerwartet guten Abschneidens in Nie-

„Selbstmord aus Angst vor dem Tod.“

dersachsen wird sie im Bundestagswahlkampf auf die Stimmen solcher Wähler angewiesen sein, für die auch die Wahl der Union in Betracht kommt. Diese aber würde sie mit irgendwelchen Signalen in andere Richtungen verprellen. Das könnte ihr den Kopf kosten. Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Demnach ist die FDP mehr denn je fest an die Union gebunden. Und das, obwohl eine Fortsetzung der derzeitigen Regierungszusammenarbeit mehr als unwahrscheinlich ist.

Demnach bleibt als Alternative zur Großen Koalition nur ein schwarz-grünes Bündnis möglich. Dass ein solches Bündnis dennoch keine großen Chancen hat, liegt inzwischen kaum noch an unüberbrückbaren inhaltlichen Differenzen. Mit ihrer Kehrtwende in der Atom- und Energiepolitik haben die Kanzlerin und

die Union die letzte große ideologische Barriere zwischen schwarz und grün abgeräumt. Auch wenn die Grünen derzeit nicht müde werden, die angeblich so großen politischen Unterschiede zu betonen, die sie von der Union trennen: In Wahrheit sind es graduelle und nicht prinzipielle Differenzen, die die beiden trennen. Mögen die Grünen mit guten Gründen das Tempo der Energiewende kritisieren oder auch manche Halbherrigkeit der Kanzlerin in Sachen Europa: Für das Vorankommen der Energiewende tragen sie über den Bundesrat selber eine Mitverantwortung. Und in der Europapolitik mühen sich Trittin und andere, als die noch besseren Europäer dazustehen. Sicher wird man mit der Union die Hartz IV-Regelsätze nicht auf 420 Euro erhöhen können. Aber das wird auch mit der SPD nicht möglich sein.

Nein, schwarz-grün wird nicht an prinzipiellen Unverträglichkeiten scheitern. Es ist eher die verbliebene Hypothek aus vergangenen Kulturkampfzeiten und das Scheitern in Hamburg und Saarbrücken, die die Grünen vor einer ernsthaften Debatte zurückschrecken lassen. Zusätzlich fürchten sie (wohl zu Recht) um innerparteiliche Geschlossenheit, wenn auch nur zarte Signale einer Öffnung deutlich würden. Und um den Teil ihrer Wählerschaft, die aus einem irgendwie linksalternativen Lebensgefühl heraus ein Bündnis mit den Schwarzen immer noch als sakrosankt betrachten. Aus all diesen möglichen Schwierigkeiten bietet die Nibelungentreue zur Sozialdemokratie einen bequemen Ausweg. Sie sichert

„Aus all diesen möglichen Schwierigkeiten bietet die Nibelungentreue zur Sozialdemokratie einen bequemen Ausweg.“

den innerparteilichen Frieden ebenso wie ein gutes Wahlergebnis.

Das alles aber gilt nur bis zum Wahltag. Oder auch nur solange, wie die politische Grundstimmung im Land rot-grün nicht zur arithmetisch aussichtslosen Sache erklärt. Deshalb sind die Grünen zwar einerseits die Partei mit der größten strategischen Beweglichkeit, die sich angesichts der erreichten eigenen Stärke auch eine Betonung der eigenen Unabhängigkeit eher leisten kann als andere. Andererseits aber befinden sie sich in einem strategischen Dilemma: Schließen sie bis zum Wahltag jede Möglichkeit für schwarz-grün kategorisch aus, müssen sie nach der Wahl womöglich ohnmächtig mit ansehen, wie sich der Wunschpartner SPD in Richtung Große Koalition davonmacht und Frank Walter Steinmeier als Außenminister womöglich sein eigener Nachnachfolger wird. Oder

sie riskieren mit dieser Ausschließeritis Glaubwürdigkeitsprobleme, wenn sie nach der Wahl doch die Tür noch aufmachen würden. Und diskutieren sie noch im Wahlkampf politische Alternativen, riskieren sie innerparteiliche Debatten und Kommunikationsprobleme mit Teilen ihrer Anhängerschaft.

Deshalb können auch die Grünen heilfroh sein, dass es in Hannover nicht knapp andersherum ausgegangen ist. Denn dann wären nicht nur Steinbrück und die SPD unter öffentlichen Dauerbeschuss geraten. Die ganze schöne rot-grüne Option wäre als politisch chancenlos öffentlich unter die Räder gekommen – was bei den Grünen gewiss Diskussionen über Alternativen ausgelöst hätte.

Die Aussicht, aus einer Position eigener Stärke dabei entspannt zuschauen zu können, ist Angela Merkel am späten Sonntagabend in letzter Minute verhagelt worden. Dennoch bleiben sie und die Union im Blick auf den 22. September in einer starken Position. Berlin ist nicht Hannover und mit dem Einzug der Linkspartei in den Bundestag wird rot-grün die Mehrheit vielleicht sogar deutlich verfehlten. Dann kann gegen sie praktisch nicht regiert werden.

In diesem Fall bliebe der Union sogar eine Doppeloption: Große Koalition oder schwarz-grün. Dabei hätte schwarz-grün für einige in der Union sicher auch seinen besonderen Charme. Zumal mit einem medialen Rückenwind zu rechnen wäre. Die nüchterne Machtpolitikerin Merkel aber würde zwar sicher beiden denkba-

ren Partnern Gespräche anbieten, aber sie würde wohl zuerst einen Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat richten. Und die sprechen aus ihrer Sicht natürlich für eine Große Koalition.

Deshalb kann die SPD ziemlich sicher sein, dass sie die Grünen am Ende doch nicht mit einer überraschenden Volte des neuerdings so staatsmännischen Jürgen Trittin am Wegesrand stehen lassen, während sie selbst wieder in den Regierungssesseln Platz nehmen. Also spricht das allermeiste doch dafür, dass am Ende alles so wird, wie es schon 2005 einmal war. Wohl mit dem Unterschied, dass das Land darüber so unglücklich kaum sein wird. In diesen Zeiten, bei dieser Problemlage und der bis 2015 sicheren faktischen Mitregierung der SPD im Bundesrat ist eine Große Koalition eine jedenfalls naheliegende Variante.

DIE AMPEL STEHT AUF DUNKELORANGE

von Volker Best

Nicht wenige sahen die Ampel 2012 schon auf Grün. Beflügelt wurde die Diskussion um die Option eines Bündnisses zwischen SPD, Grünen und FDP zunächst im Februar durch die gemeinsame Urheberschaft der Präsidentschaftsentscheidung zu Gunsten Joachim Gaucks. In den Landtagswahlkämpfen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen im Frühjahr hatten dann sowohl Wolfgang Kubicki als auch Christian Lindner Offenheit Richtung Rot-Grün angedeutet und mit jeweils über acht Prozent überraschende Erfolge nach dem desaströsen Superwahljahr 2011 eingefahren.

Im Politbarometer wurden den Liberalen im Juni erstmals seit langem wieder fünf Prozent im Bund zugetraut. Da die Union aber bei gerade einmal 34 Prozent gehandelt wurde, sahen die Aussichten für eine schwarz-gelbe Neuauflage mau aus. Allerdings schien es auch für Rot-Grün angesichts eines prognostizierten Sechsparteienparlaments mit Linken und Piraten knapp nicht zu reichen. Würde also eine wieder in den Bundestag eingezogene FDP im Herbst 2013 zuschauen müssen, wie sich ihr vormaliger Partner



Volker Best,

Ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn.

mit der SPD oder den Grünen auf eine Koalition einigt? Die Erfolge des koalitionspolitisch schon lange flexiblen Tausendsassas Kubicki und des ebenfalls sozialliberal angehauchten Lindner schienen eine Alternative anzudeuten: eben die Ampelkoalition. Die Entscheidung der SPD für Peer Steinbrück als Kanzlerkandidaten im Herbst wurde in diesem Zusammenhang von der bürgerrechtsliberalen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, aber auch von Entwicklungsminister Dirk Niebel, der als langjähriger Westerwelle-Gene-

ralsekretär nicht unbedingt durch sozial-liberale Affinitäten aufgefallen war, positiv kommentiert. Kubicki erklärte gar, sich gut vorstellen zu können, in einer Ampelregierung unter Führung seines früheren Studienfreundes das Finanzministerium zu bekleiden.

Nach der Niedersachsen-Wahl dürfte es um die Ampel vorerst ruhiger werden. Zum einen scheint sich durch den überraschenden Zehn-Prozent-Erfolg der Liberalen der schon waidwund geglaubte Ampel-Gegner Rösler nun doch im Parteivorsitz zu halten, und mit ihm sein ebenfalls Ampel-unwilliger Generalsekretär Patrick Döring. Spitzenkandidat für die Bundestagswahl wird Fraktionschef Rainer Brüderle, der zwar als rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender von 1991 bis 2006 die einzige sozialliberale Koalition seit der Einheit begründet und zum Erfolg geführt hatte, aber seit der Übernahme des Fraktionsvorsitzes 2011 eine Orientierung der Partei auf die „Brot-und-Butter-Themen“ beschwört und einem „Säuselliberalismus“, den er seitens der Boygroup Rösler/Lindner/Bahr nach der Westerwelle-Entthronung fürchtete, eine klare Absage erteilte. Zwar gilt Brüderle wohl nicht zu Unrecht als Meister im politischen Finassieren, aber von seinen von der Basis gefeierten polemischen Parteitagstiraden gegen Sozialdemokraten und Grüne dürfte auch er kaum unfallfrei Richtung Ampel umsteuern können.

Hinzu kommt, dass das niedersächsische Foto-Finish-Ergebnis sowohl Rot-Grün als auch Schwarz-Gelb darin bestärken

dürfte, auf einen Lagerwahlkampf zu setzen. Auch die aktuellen Umfragen im Bund passen hierzu: Durch die guten Umfragewerte der Union scheint selbst eine schwarz-gelbe Neuauflage wieder im Bereich des Möglichen, zumal ein Einzug der Piraten in den Bundestag mittlerweile sehr unwahrscheinlich geworden ist. Dass es letztlich für ein Lager reicht, ist im Bund anders als in Niedersachsen freilich nicht ausgemacht, da mit dem Einzug der Linkspartei sicher zu rechnen ist. Dennoch werden beide Lager nicht müde werden, die Niedersachsen-Wahl als Beleg ins Feld zu führen, dass eine

*„Nach der
Niedersachsen-Wahl dürfte
es um die Ampel vorerst
ruhiger werden.“*

Mehrheit für die eigene Wunschkoalition in greifbarer Nähe liegt, weil die lagerinternen Bündnisse die eigene Wählerschaft besser mobilisieren als die skeptisch beängteten lagerübergreifenden Optionen. Unter allen diskutierten Koalitionsvarianten ist die Ampel die von den wenigsten Wählern befürwortete: Mit 15 Prozent zustimmenden Wählern liegt sie noch hinter Rot-Rot-Grün (19 Prozent) und der an der Macht entzauten schwarz-gelben Koalition (23 Prozent), von Rot-Grün (44 Prozent) ganz zu schweigen.

Wenn es für Rot-Grün nicht reichen sollte, hat die Ampel dennoch für die SPD einen gewissen Reiz: als weitere Option unter eigener Kanzlerschaft, die

zumindest den Preis für eine erneute Juniorpartnerschaft unter Merkel in die Höhe treiben könnte. Zumal Seeheimer-Chef Johannes Kahrs konnte dem Ampel-Blinken aus der FDP daher etwas abgewinnen. Die Spitzen-Grünen haben sich im Rahmen der partiointernen Kandidaten-Urwahl hingegen alle mehr oder minder dezidiert gegen eine Ampel festgelegt. Sollten sie ihre Vorfestlegungen überhaupt noch revidieren können (und wollen), dürften sie das eher Richtung Schwarz-Grün tun, wo sie als alleiniger Juniorpartner deutlich mehr zu sagen hätten. Und die Liberalen?

Sie könnten sich gezwungen sehen, eine Ampel definitiv auszuschließen, um Leistungen von Unionswählern zu bekommen. Ein Überlaufen ins rot-grüne Lager könnte sich die FDP überhaupt nur dann leisten, wenn sie ihren Parlamentseinzug nicht allein christdemokratischen Leistungen verdankt. Schaffen die Liberalen den Parlamentseinzug aus eigener Kraft, würden sie wohl nicht weit über der Fünfprozentmarke liegen. Röslers und wohl auch Brüderles Führungsanspruch dürften sich damit erledigen. Aber auch dann erschien zweifelhaft, ob es Lindner, Kubicki und Leutheusser-Schnarrenberger gelingen könnte, eine weiterhin stark unionsaffine Fraktion (der dank ihrer Listenplätze auf jeden Fall nach wie vor Westerwelle, Rösler, Döring, Brüderle, Wissing, Fricke, Homburger und Schäffler angehören würden), rasch ohne vorherigen Probelauf in den Ländern auf eine Ampelkoalition festzulegen und ihrer, zu großen Teilen unter Wester-

welle beigegetretenen Basis, einen Politikwechsel hin zu einer rot-grünen Agenda schmackhaft zu machen, die sie als Fünfprozentpartei zwar abmildern, aber wohl kaum umwerfen könnte. Letztlich dürfte es für die Liberalen etwas weit sein von dem nahezu ausschließlichen Werben mit Einkommenssteuersenkungen 2009 zum Mittragen von – und seien es auch nur geringfügigen – Einkommenssteuererhöhungen ab 2013. Und mit Mindestlohn, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Transaktionssteuer, Energiewende, Solidarrente und Frauenquote auf dem rot-grünen Wunschzettel wäre das ja beileibe nicht das einzige Dissensthema. Ungleich attraktiver dürfte es für die FDP sein, in die Opposition zu gehen und dort mit unverändertem Kurs wie schon zwischen 2005 und 2009 die, angesichts der in einer Großen oder schwarz-grünen Koalition notwendigen Kompromisse, enttäuschten marktliberalen Unionswähler einzusammeln. Am besten stünden die Chancen auf eine Ampel vermutlich, wenn die FDP den Einzug in den Bundestag tatsächlich verpasste und Rot-Grün eine Mehrheit erhielte. Dann reden wir freilich nicht mehr von 2013, sondern von 2017. Die Ressourcen, mit der Union als wirtschaftsliberale Kritikerin von Rot-Grün zu konkurrieren, hätte die Partei nicht mehr. Außerhalb des Parlaments interessant bleiben könnte sie nur durch eine weitreichende Programmerneuerung. Lindner und Kubicki als letzte liberale Landespolitiker von Format hätten hierbei freie Bahn.

Für 2013 aber steht die Ampel auf Dunkelorange.

SCHWARZ-GRÜNE PERSPEKTIVEN, ODER: C+Ö=50%+X

von Prof. Dr. Volker Kronenberg

Wahlkampffolklore anno 2013: Schwarz und Grün im Bund geht nicht. Wer's glaubt, wird selig. Gewiss, die rhetorische Abgrenzung zwischen Union und Grünen feiert zu Beginn des Wahljahres – auch wenn Anfang Januar ausgerechnet CSU-Chef Horst Seehofer eben jene Bündniskonstellation für die Bundesebene nicht ausschließen mochte¹ – wie schon in der zweiten Hälfte 2012 fröhliche Urstände. Doch ebenso gewiss ist sich – jenseits der folkloristischen Beschwörung einstmaliger Unvereinbarkeiten – im Grunde jeder Beobachter, dass ein Bündnis bei der Parteien auf Bundesebene wahrscheinlicher ist denn je.²

Kein Zweifel, Schwarz setzt auf Gelb, Grün auf Rot. Doch sollte es für die jeweilige Koalitionsoption der ersten Wahl im Lichte der Mehrheitsverhältnisse nicht reichen, für Schwarz-Grün aber sehr wohl, werden beide Parteien sich sehr schnell auf den Grundsatz berufen, dass demokratische Parteien



Prof. Dr. Volker Kronenberg,

ist Akademischer Direktor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn.

jederzeit miteinander gesprächs-, verhandlungs- und gegebenenfalls auch koalitionsfähig sein müssen: Zudem, so wird man parteiintern argumentieren, habe man geradezu die staatspolitische Pflicht, koalitionspolitisch Schlimmeres (aus Sicht der Grünen die Große Koalition, aus Sicht der Union die Ampel) verhindern zu müssen. Ob es unter diesen skizzierten Voraussetzungen zur Bildung der ersten schwarz-grünen Bundesregierung käme, hinge dann vor allem von der inhaltlichen Kompromissbereitschaft der drei Parteien von CDU, CSU und Grünen

1 Vgl. Seehofer schließt schwarz-grün im Bund nicht aus, im Internet abrufbar: www.zeit.de (03. Januar 2013).

2 Vgl. grundsätzlich zum Thema Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

ab. Mithin auch davon, ob und inwieweit man bereit wäre, die dem Wahlkampf geschuldeten Maximalpositionen hinter sich zu lassen und sich in der Finanz-, Sozial- oder Verkehrspolitik aufeinander zu zubewegen.

Klar ist: ein Bündnis zwischen Union und Grünen wäre ein Wagnis, ein Unternehmen gegen mancherlei Widerstände in den Reihen der jeweiligen Funktionäre und Mitglieder; es wäre umgekehrt aber auch ein Signal des Aufbruchs, des Neuen, des Innovativen, fokussiert auf eben jene Zielgröße, die beide Parteien keineswegs zufällig für sich reklamieren: die „Mitte“. Beide, Union wie Grüne, reklamieren diese heute für sich: inhaltlich wie wählersziologisch – die Union, einschließlich der CSU, gewissermaßen von rechts nach links ausgreifend; die Grünen wiederum seit einigen Jahren umgekehrt von links nach rechts. Während sich die Grünen beispielsweise im außen-, europä- und sicherheitspolitischen Bereich unverkennbar von den radikalen Positionen der Gründerzeit weg bewegt haben, hat die Merkel-Union ihrerseits einen signifikanten gesellschaftspolitischen Wandlungsprozess unter dem Vorzeichen der „Liberalisierung“ vollzogen. Seriöse Finanz- und Wirtschaftspolitik verbindet man heute ebenso mit Schwarz wie mit Grün. Einstige neuralgische Konfliktpunkte – wie etwa die Frage des Umgangs mit der Kernenergie – scheinen heute, nach „Fukushima“ und im Zeichen der Energiewende, endgültig ausgeräumt; in Fragen der Integrations- und Zuwanderungspolitik hat man sich, jen-

seits semantischer Nachhutgefekte um „Multikulti“ und/oder „Leitkultur“, pragmatisch weiter aufeinander zubewegt als dies viele Beobachter noch vor wenigen Jahren erwartet hätten. Dies ist zum einen, Stichwort: Integrations- und Zuwanderungspolitik, auf den großen politischen Problemdruck zurückzuführen, zum anderen, Stichwort: Kosovo-Einsatz 1999, auf die Regierungserfahrung der Grünen auf Bundesebene 1998 bis 2005.

Neben der inhaltlichen Annäherung von Union und Grünen auf politischen Schlüsselfeldern spielt die personelle Konstellation an den Spitzen der Parteien zweifellos eine wichtige Rolle. Auch wenn Katrin Göring-Eckardt selbst dies (aufgrund ihrer Vita wenig überzeugend) zu bestreiten versucht, so kann doch ihre Nominierung als Spitzenkandidatin neben Jürgen Trittin als klares Signal der Parteibasis verstanden werden, weit in bürgerliche Milieus hinein und über die linke Mitte hinaus ausgreifen zu wollen. Denn bei allen Dementis: Göring-Eckardt steht gerade eben nicht für eine Abgrenzung der Grünen zur Union, sondern vielmehr für eine Annäherung. Für ersteres, für die Abteilung „Attacke“, soll mit Jürgen Trittin eher der zweite Spitzenkandidat, jener vom „linken Flügel“ der Partei, zuständig sein, der aber seinerseits seit geraumer Zeit alles daran setzt, eben nicht als der linke Bürgerschreck, als der fundamentalistische „Haudrauf“ wahrgenommen zu werden, sondern als seriöser Finanzfachmann und verlässlicher Europapolitiker, auf den sich Frau Merkel bei den heiklen Abstimmungen im

*„Klar ist:
ein Bündnis zwischen
Union und Grünen wäre
ein Wagnis, ein
Unternehmen gegen
mancherlei Widerstände
in den Reihen der
jeweiligen Funktionäre
und Mitglieder.“*

Bundestag mehr verlassen kann als auf die Sozialdemokraten. Dass im Übrigen Angela Merkel, Hermann Gröhe, Peter Altmaier, Thomas de Maizière, Ilse Aigner, Kristina Schröder, Armin Laschet und andere für die Grünen verlässliche Gesprächspartner sind, mit denen nicht nur Cem Özdemir, Boris Palmer und natürlich, seit vielen Jahren, Winfried Kretschmann, sondern selbst Claudia Roth ihren Frieden längst gemacht haben, ist allseits bekannt und von den Protagonisten hinreichend dokumentiert.

Schwarz-Grün im Bund – angesichts und trotz der Erfahrungen miteinander in Hamburg und unter Jamaika-Vorzeichen im Saarland – könnte gelingen, auch wenn es in Teilen der Union, voran der CSU, ebenso wie in Teilen der Grünen-Mitgliedschaft gegenseitige Vorbehalte gibt.³ Schwarze wie Grüne müssten

im Übrigen sehr genau darauf achten, ihre angestammten Wählermilieus von rechts (Union) und links (Grüne) jeweils nicht zu verlieren, sondern diese an sich zu binden und in der rechten bis linken Mitte hinzuzugewinnen. Will heißen: Gebildet werden kann und müsste Schwarz-Grün als „Komplementärkoalition“, bei der beide Parteien ihre jeweilige Klientel im Sinne einer innerkoalitionären Abgrenzung an sich binden und diese im Regierungsalltag von der Sinnhaftigkeit über den Weg gelingender Kompromissfindung überzeugen.⁴

Als „Schnittmengenmodell“, offensiv im Wahlkampf als Bündnis einer neuen Nachhaltigkeit, eines ökologischen Patriotismus oder als Versöhnung von Ökologie, Ökonomie und Wertefundament beworben, im Sinne der Kurzformel C+Ö=50%+X, hätte es – jedenfalls noch – keine Chance auf eine eigene Mehrheit.⁵ Dass Schwarz-Grün gleichwohl „Projektcharakter“ haben könnte, ist dagegen nicht zu bestreiten: Mit der „Energiewende“ 2011, mit – im Kern – sich ähnelnden finanzpolitischen Zielsetzungen, mit Übereinstimmungen bei Fragen des Lebensschutzes sind lange

4

Vgl. hierzu weiterführend Volker Kronenberg: Schwarz-Grün – „Innovatives Projekt einer neuen Bürgerlichkeit?“, in: Frank Decker/Eckhard Jesse (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Nomos, Baden-Baden 2013 (i.E.).

5

Vgl. dazu auch Franz Walter: Ö ist das neue C, im Internet abrufbar: www.spiegel.de (11. November 2012). Wie wenig Zuspruch ein schwarz-grünes Bündnis auf Bundesebene als „Wunschoalition“ bei den Bürgern erfährt, hat zuletzt das Allensbach-Institut herausgestellt. Demnach wünschen sich nur 5 Prozent der Bundesbürger eine solche Koalition, während Rot-Grün 23, Schwarz-Rot 22 und Schwarz-Gelb 15 Prozent erhalten. Vgl. Renate Köcher: Gefühle und reale Distanz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Dezember 2012.

3 Vgl. dazu auch Franz Walter: Grün und bourgeois, im Internet abrufbar: www.capital.de (12. November 2012).

Zeit unüberwindbar scheinende Hürden zwischen den ehemaligen Antipoden des Parteiensystems aus dem Weg geräumt worden. Zwar mögen die Gemeinsamkeiten zwischen Grün und Rot nach wie vor größer, vor allem sichtbarer sein und auf absehbare Zeit auch bleiben, keine Frage. Entscheidend ist aber weit eher, welche Konsequenzen aus den jüngeren Entwicklungen des Parteiensystems, aus dem Aufkommen der Piraten, der anhaltenden Schwäche der Sozialdemokraten im Vergleich zur Union, aus dem Dauertief der Liberalen und der Krise der Linkspartei zu ziehen sind. Wo, wie und mit wem gewinnen die Grünen Wahlen und was heißt eigentlich „gewinnen“: prozentualer Zuwachs und trotzdem in Opposition zu einer Großen Koalition oder doch eher Regierungsverantwortung? Und umgekehrt gilt: Will die Union regieren, muss sie sich angesichts der Schwäche der FDP im Bund Gedanken machen, ob nicht eher als eine Große Koalition, die zwar stets möglich aber doch auch mit klaren Nachteilen verbunden wäre (die SPD würde eine Fortsetzung der Kanzlerschaft Angela Merkels in einem dritten Kabinett wohl kaum akzeptieren), die Option Schwarz-Grün sinnvoll sein könnte. Insgeheim wird letztere Frage im Konrad-Adenauer-Haus längst schon bejaht.

Kurzum: Schwarz-Grün ist, ungeachtet aller wahlkampfbedingter Abgrenzungs-rhetorik, nicht mehr die Frage des grundsätzlichen Ob, sondern eher des Wann, Wie und mit Wem. Aus der Perspektive des Jahresbeginns 2013 wäre es jedenfalls paradox, eine Koalitionsoption der

zweiten Wahl bereits auszuschließen, ohne wissen zu können, ob überhaupt eine Option der ersten Wahl realistisch ist – für beide, Grün wie Schwarz. Zumal beide Verantwortung tragen wollen für das Land. In der Regierung. Hört man genau hin, so ist von kategorischem Ausschluss eben auch keine Rede. Vielmehr von klarer Abgrenzung. Die Türen sind nicht verschlossen, nicht zugeschlagen, sondern – mit großem Aplomb – nur angelehnt worden. Man kann ja nie wissen.

DIE UNMÖGLICHE KOALITION

von Dr. Saskia Richter

Vor der Bundestagswahl wird die politische Farbenlehre interessant: Nach wie vor kann Angela Merkel die FDP als Koalitionspartner wegbrechen. Die Wahl in Niedersachsen hat gezeigt, wie die Wähler im konservativ-liberalen Lager Erst- und Zweitstimmen gesplittet haben und doch die Regierungsmehrheit verloren. Linke Politik hat Rückenwind: Mindestlöhne, auskömmliche Renten, bezahlbare Energie, Kita- und Kindergartenplätze sind neben der Stabilisierung der Finanzmärkte wichtige Bausteine. Bereits Ende Dezember hat Renate Köcher in einer Allensbach-Umfrage festgestellt, dass sich 23 Prozent der Bevölkerung ein rot-grünes Bündnis wünschen, nur 15 Prozent eine Fortsetzung von Schwarz-Gelb.¹

Die SPD hat sich nach der historisch einzigen Wahlniederlage von 2009, bei der sie mit 23 Prozent der Zweitstimmen in die neue Legislaturperiode gegangen ist, langsam aber stetig über eine personelle Neuaufstellung auf Bundesebene und die Länder Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Schleswig-Holstein und nun Niedersachsen erholt. Auch die Grünen



Dr. Saskia Richter,
ist Habilitandin und
wissenschaftliche Mitarbeiterin an
der Universität Hildesheim.

haben Rückenwind aus den Ländern und mit der Urwahl ihrer Spitzenkandidaten einen starken Wahlkampfauftritt hingelegt, beide Parteien treffen sich zu sondierungsgesprächen; eine schwarz-grüne Koalition, die weder bei den Wählern noch bei Neu-Mitgliedern der Grünen Sympathien auslöst,² schließen sie aus. Vor der Bundestagswahl 2013 stehen sich zwei Lager gegenüber. Was aber passiert, wenn das Wahlergebnis für Rot-Grün nicht reicht? Die Parteivorsitzenden der Linken werben seit letztem Sommer für ein Bündnis mit SPD und

1 Vgl. Renate Köcher: Wenig Sympathie für Schwarz-Grün, in: Frankfurter Allgemeine, 20.12.2012.

2 Vgl. Christoph Hickmann: Links von der Mitte, in: Süddeutsche Zeitung, 16.11.2012.

Grünen unter der Bedingung eines Politikwechsels: keine Militäreinsätze im Ausland, Verbot von Rüstungsexporten, 1.000 Euro Mindesteinkommen für jeden und eine couragierte Besteuerung von Reichtum. Doch können sie sich mit diesen Positionen durchsetzen? Und welche Chancen hat die rot-rot-grüne Koalition in der Realität?

Die Forschungsgruppe Wahlen sah in ihrer letzten Projektion in 2012 die SPD bei 30 Prozent, die Grünen bei 13 Prozent, die Linken bei 7 Prozent.³ Eine Dreierkoalition würde auf 50 Prozent kommen; die Union stünde ohne die FDP (4%) mit 40 Prozent ohne Koalitionspartner da. Mit diesem Ergebnis könnte Rot-Rot-Grün regieren. Dennoch ist eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene politisch unmöglich. Die Parteispitzen von SPD und Grünen lehnen sie ab. Linke halten rechte Sozialdemokraten nach wie vor für machtverliebt. Es ist der Grund- und Gründungskonflikt, der beide Parteien in die Opposition treibt: das Verhältnis zur Agenda 2010. Trotz zunehmender Lagerbildung gibt es keine produktive Kommunikation, keine gemeinsame Vision, die den Erwerb einer Mehrheit rechtfertigen würde. Vielmehr überwiegt das lange eingeübte Misstrauen. Fünf Gründe sind entscheidend:

(1) Die Unmöglichkeit einer Dreierkoalition: Mit einer linken Dreierkonstellation lässt sich keine Bundespolitik gestalten. Bereits die Auseinandersetzungen der

schwarz-gelben Koalition unter Angela Merkel zu den Themen Steuerentlastungen, Gesundheitsreform und Betreuungsgeld waren lähmend für den Politikbetrieb. SPD und Grüne haben mit den Hartz-Reformen der Regierung Schröder ihrer eigenen Klientel, insbesondere Anhängern der Sozialdemokratie, starke Einschnitte zugemutet. 2004 gründeten enttäuschte Sozialdemokraten und Gewerkschafter die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V.“ WASG, die 2007 in der Partei Die Linke aufging. Noch immer werden konservativ positionierte Sozialdemokratien von den Linken als unaufrechtig bezeichnet; der rechte Flügel der SPD hingegen hält die sozialpolitischen Forderungen der Linken für weltfremd. Der Streit um die Sozialpolitik würde Rot-Rot-Grün lähmen.

(2) Das Regierungs- und Bündnisproblem der Linken: Die Regierungs- und Bündnisfähigkeit der Linken ist fraglich, weil ihre politischen Forderungen zu provokant sind („Reichtum für alle.“), sie die Bundesrepublik auf internationalen Parkett nicht vertreten kann („Raus aus Afghanistan.“) und sie Peer Steinbrück als potentiellen Kanzler massiv kritisiert („Alles spricht für einen Rückzug.“). Mit der Linken in der Regierung wäre die Kontinuität wichtiger Politikfelder gefährdet: Es gibt keine ausgewiesenen Finanzpolitiker, die den Verhandlungen auf EU Ebene gewachsen wären; Bernd Rixinger schlägt Sahra Wagenknecht vor. Verteidigungs- oder Außenministerium möchte man der Linken nicht anvertrauen in einer Zeit, in der im Rahmen des ISAF-Einsatzes noch

3

Vgl. Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Dezember 2012, im Internet abrufbar:
<http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer/> (06.01.2013)

Bundeswehrsoldaten in Afghanistan stationiert sind, die NATO die Grenze der Türkei zu Syrien sichert und unklar ist, wie sich der Mali-Konflikt entwickelt.

(3) Das Vergangenheits- und Systemproblem der Linken: Noch im Januar 2011 erklärte die damalige Parteichefin Gesine Lötzsch den Kommunismus zum Ziel der Partei; sie löste damit bei den Kollegen von SPD und Grünen Empörung aus. Eine Forderung nach einem politischen Systemwechsel ist indiskutabel und stimmt nicht mit den Grundwerten und Stabilitätsgarantien der deutschen Demokratie überein. Die Linke setzt sich weder allgemein mit den Verbrechen kommunistischer und sozialistischer Staaten auseinander, noch mit dem eigenen Verhältnis zur SED und der eigenen DDR-Vergangenheit. Eine solche moralische Debatte, die auch von den Opfern der SED-Diktatur und ehemaligen Bürgerrechtler geführt werden würde, sollte sich die Bundesrepublik innerhalb einer Bundesregierung ersparen.

(4) Territorien von Linken und Grünen: Während die Grünen in den alten Bundesländern Rekordwahlergebnisse einfahren, ist die Linke in den neuen Bundesländern eine starke Partei. Die Grünen sind im Umfeld der Neuen Sozialen Bewegungen entstanden. Dieser Gründungs- und Unterstützungsimpuls fehlt in den neuen Bundesländern auch mit der gleichberechtigten Fusion mit Bündnis 90. Die Ökologie, die die Grünen in der Bundesrepublik stark macht, ist in den neuen Bundesländern weniger wich-

tig als Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Linken hingegen sehen sich in den neuen Bundesländern als Volkspartei; zumindest in Thüringen (27,4%), Sachsen-Anhalt (23,7%), Sachsen (20,6%) und Brandenburg (27,2%). In Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg war und ist die Linke mit der SPD in einer Regierung. Doch in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und nun auch in Niedersachsen sind die Linken nicht in den Landesparlamenten vertreten.

(5) Fehlende Strategie, fehlende Vorbereitung: Die Spitzenkandidaten von SPD und Grünen treten gemeinsam auf Augenhöhe vor die Presse und stellen ihre Pläne zur Bankenregulierung vor; sie fordern ein Ende mit einer Politik, bei der der Steuerzahler für die Risiken der Banken haftet; sie wollen die Banken mit einem Risikofonds selbst in die Pflicht nehmen; der Verein „Denkwerk Demokratie“ soll Rot-Grün seit 2011 strategisch vorbereiten. Die Vorbereitung für Rot-Rot-Grün würde eine ebensolche Präsentation benötigen. Wie würden sich die Parteien Themen und Ressorts aufteilen? Welche Positionen würden sich zum Beispiel in der Sozialpolitik durchsetzen? Wie würde eine rot-rot-grüne Regierung strategische Bündnispolitik betreiben und Auslandseinsätze der Bundeswehr handhaben? Wie könnten die Grabenkämpfe zwischen den Parteien niedergelegt werden. Dies alles sind Fragen, die zu beantworten wären, und zwar vor der Bundestagswahl!

HERAUSFORDERUNG FÜR DIE VOLKSPARTEIEN: DIE WIEDERERLÄNGUNG IHRER FRÜHEREN BINDEKRAFT

von Prof. Dr. Manfred Güllner

Bei der letzten Bundestagswahl im September 2009 wurden Union und SPD zusammen nur noch von einer Minderheit aller Wahlberechtigten (39,6 %) gewählt. Ein Vierteljahrhundert zuvor – bei der Bundestagswahl 1983 – gaben noch mehr als drei Viertel der Wahlberechtigten (76,8 %) einer der beiden großen Parteien ihre Stimme. Die Union erhielt 2009 so wenige Stimmen, wie zuvor nur bei der ersten Bundestagswahl 1949, als das politische System nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus noch nicht voll etabliert war. Und bei der SPD muss man bis zur Reichstagswahl 1924 zurückgehen, um auf eine so geringe Mobilisierung der Wähler wie 2009 zu stoßen.

Der drastische Vertrauensschwund der beiden lange Zeit in der Wahlgeschichte der Nachkriegszeit die Stabilität des politischen Systems garantierenden Volksparteien führt zur Zeit noch nicht zu einem Anstieg der Wähler am links- oder rechtsextremen Rand des Wählerspektrums. Der große Unmut über die Art und Weise, wie viele politische Akteure heute Politik betreiben, bewirkt jedoch, dass immer mehr Wahlberechtigte nicht mehr zur Wahl gehen. Seit der Wahl 1983 stieg der Anteil der Wahlverweige-



Prof. Dr. Manfred Güllner

ist Professor für Publizistik in Berlin sowie Geschäftsführer und Gründer des Meinungsforschungsinstituts Forsa.

rer bis 2009 von 10,9 auf 29,2 Prozent – eine Steigerung von 168 Prozent! Selbst bei der ersten Bundestagswahl 1949 beteiligten sich mehr Wahlbürger an der Wahl als 2009.

„In einer Stadt wie Frankfurt am Main stieg der Anteil der Nichtwähler 2011 gar auf fast 60 Prozent.“

Noch dramatischer ist der Rückgang der Wahlbeteiligung auf den anderen Politikebenen. Bei den Landtagswahlen, die zwischen den Bundestagswahlen 2005

und 2009 stattfanden, blieben 43 Prozent der Wahlberechtigten zu Hause. Und an den Kommunalwahlen in Hessen, wo bis in die 1980er Jahre hinein die Wahlbeteiligung bei lokalen Wahlen überdurchschnittlich hoch war, beteiligten sich 2011 nur noch 45 Prozent – über die Hälfte (55 %) blieb der Wahlurne fern. In einer Stadt wie Frankfurt am Main stieg der Anteil der Nichtwähler 2011 gar auf fast 60 Prozent. Aber auch in allen anderen urbanen Metropolen der Republik (Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern) beteiligt sich inzwischen weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten an der Wahl für das Gemeindepalament. Und an Direktwahlen des Stadtoberhaupts oder an Volksentscheiden – von vielen als Gegenmittel gegen den Verdruss über die Politiker empfohlen – beteiligen sich in einigen Städten – ob groß oder klein – oft noch nicht einmal ein Drittel und teilweise sogar weniger als ein Viertel aller Wahlberechtigten.

Die starke Zunahme der „Partei der Nichtwähler“ wird von den Parteien generell eher verdrängt als zur Kenntnis genommen. Diese Verdrängungsmechanismen werden dadurch gefördert, dass manche – so auch einige akademische Wahlforscher – die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland als eine Angleichung an die internationale Entwicklung werten. Vergessen wird dabei allerdings, dass in keiner anderen vergleichbaren westlichen Demokratie in den letzten 3 Jahrzehnten die Wahlbeteiligung so drastisch gesunken ist wie in Deutschland und dass in einigen Nachbarländern

Rekordbeteiligungen zu verzeichnen sind (in Dänemark z.B. gab es 2011 mit über 87 Prozent die höchste Wahlbeteiligung in den letzten 27 Jahren!).

Geradezu verantwortungslos ist in diesem Zusammenhang, dass eine der politischen Bildung und der Stärkung des demokratischen Bewusstseins verpflichtete Einrichtung wie die Konrad-Adenauer-Stiftung als Ergebnis einer von ihr durchgeführten Nichtwähler-Studie die immer weiter sinkende Bereitschaft der Bürger, sich an Wahlen auf allen Politikebenen zu beteiligen, verharmlost und den politischen Akteuren empfiehlt, sich um die Nichtwähler nicht weiter zu kümmern. Eine Mobilisierung von Nichtwählern würde – so die Stiftung – die Wahlergebnisse (auf Basis der abgegebenen gültigen Stimmen) nicht verändern.

Wie unsinnig ein solcher Ratschlag allein schon aus wahlaktischen Überlegungen gerade für die der Konrad-Adenauer-Stiftung nahestehende Partei ist, zeigt ein Blick auf die Wahllandschaft in Nordrhein-Westfalen. Hier hat die CDU bei der Landtagswahl im Mai 2012 wegen des an Rhein und Ruhr extrem unbeliebten Spitzenkandidaten Norbert Röttgen weit über eine Million früherer Wähler an das Lager der Nichtwähler verloren. Folgte die CDU in Nordrhein-Westfalen dem Rat des ihr nahestehenden „Think Tanks“ und würde sich um die in der Wahleinhaltung verharrenden potentiellen CDU-Wähler nicht kümmern: Ein Wahlerfolg bei der bevorstehenden Bundestagswahl 2013 wäre extrem gefähr-

det wenn nicht völlig unmöglich.

Die Empfehlung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist aber nicht nur unter parteitaktischen Gesichtspunkten unsinnig, sondern geradezu unverantwortlich, wenn man die weitere Verankerung und Festigung der Demokratie in Deutschland für wichtig hält. Die steigenden Nichtwählerzahlen sind ja Folge der nicht mehr vorhandenen Bindekraft der beiden Volksparteien, die früher die unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen der verschiedensten Wählergruppen bündeln und in die Politik einbringen und so verhindern konnten, dass die Partikularinteressen von Minoritäten zu großen Einfluss auf die Politik nahmen. Doch die massive Abwanderung früherer CDU/CSU- bzw. SPD-Wähler ins Lager der Nichtwähler stärkt den politi-

„Durch eine immer „grüner“ werdende Politik aber fühlen sich immer mehr Teile der „arbeitenden“ Bevölkerung ausgegrenzt und reagieren mit Politikferne und zunehmend auch mit Zweifeln am politischen System insgesamt.“

schen Einfluss der Klientelparteien, die ohne nennenswerten Wählerzulauf höhere Anteile bei den abgegebenen gülti-

„Die steigenden Nichtwählerzahlen sind ja Folge der nicht mehr vorhandenen Bindekraft der beiden Volksparteien“

tigen Stimmen erzielen können. So werden die Grünen zwar nach wie vor nur von einem kleinen Segment der Wählerschaft aus den oberen Bildungs- und inzwischen auch Einkommensschichten gewählt, doch ihre Anteile auf der Basis der abgegebenen gültigen Stimmen steigen kontinuierlich. Durch eine immer „grüner“ werdende Politik aber fühlen sich immer mehr Teile der „arbeitenden“ Bevölkerung ausgegrenzt und reagieren mit Politikferne und zunehmend auch mit Zweifeln am politischen System insgesamt.

Um diese Entfremdungstendenzen zu stoppen, müssten die großen Parteien Union und SPD wieder ihre ehemals ausgeübte Rolle als Volksparteien ausüben und die Interessen der Mehrheit der Bürger gegen partikulare Interessen vertreten. Um das zu erreichen dürfen sie aber die Nichtwähler nicht ignorie-

ren, sondern müssen sie in mühevoller Arbeit wieder zum Gang zur Wahlurne motivieren. Dazu brauchen sie ein offenes Ohr für die wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen und dürfen nicht selbsternannten Advokaten auf den Leim gehen, die oft mit viel Getöse nur ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen. CDU/CSU und SPD sollten auch nicht Modetorheiten aufsitzen oder einem vermeintlichen, in Wirklichkeit aber gar nicht vorhandenen „grünen“ Zeitgeist hinterherlaufen. Wenn sie sich stattdessen wieder an den Interessen der Mehrheit der Menschen orientieren, haben sie durchaus eine Chance, ihre Rolle als Volkspartei wieder auszuüben.

DIE EUROKRISE – CHANCE FÜR POPULISTEN?

von Dr. phil. Florian Hartleb

Trotz des fortschreitenden europäischen Integrationsprozesses ist das Thema „EU“ in der Bevölkerung nicht sehr populär, wie die von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Eurobarometer-Umfragen immer wieder aufs Neue belegen. Aktuell steht die EU durch die Eurowährungskrise vor einem Belastungstest, der insbesondere Deutschland auch wirtschaftlich besonders hart trifft. Nicht nur die Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht von der schlimmsten Krise im Nachkriegseuropa. Rettungspakete für in Not geratene Mitgliedsstaaten werden mit Alternativlosigkeit begründet. Merkel bemühte die Formel: Scheitert der Euro, scheitert Europa! Trotz solcher drastisch-existenzial aufgeladener Formeln sind derartige (finanzielle) Solidaritätsbekundungen innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten nicht nur in den Geberländern schwer zu kommunizieren, so dass bei Häufung solcher Fälle einer euroskeptischen Mobilisierung Tür und Tor geöffnet wäre.

Europas Rechtspopulisten sind im Aufwind, was insbesondere bei den europäischen Eliten für Unruhe sorgt. Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, etwa äußerte in seiner Grundsatzrede zur „Erneuerung



Dr. phil. Florian Hartleb

ist Lehrbeauftragter der Universität Bonn und der Hochschule für Politik München, sowie research associate beim Think Tank „Centre for European Studies“ in Brüssel.

Europas – Rede zur Lage der Union 2011“ am 28. September 2011 im Europäischen Parlament in Straßburg seine Sorge: „Populistische Bewegungen stellen die größten Errungenschaften der Europäischen Union in Frage – den Euro, den Binnenmarkt, ja sogar den freien Personenverkehr“. Die Krise der Eurozone, besonders der chronische Patient „Griechenland“, verstärkt diese Furcht.

Die Sorge geht um, dass vor allem rechtspopulistische Parteien, längst Dauerbrenner in der europäischen Politik, die Krisengewinner sind, da sie immer wieder Wahlerfolge auf nationaler Ebene er-

zielen. Bei der jüngsten Parlamentswahl in Finnland am 18. April 2011 wurde gegen die von der EU getragene Portugalrettung mobilisiert, so dass die euroskeptische Partei „Wahre Finnen“, mittlerweile in „Die Finnen“ umbenannt, fast aus dem Stand heraus auf beinahe 20 Prozent der Stimmen kam. Die nicht-xenophobe Partei stand im Wahlkampf dafür, Hilfszahlungen an die Schuldenländer zu

„Europas Rechtspopulisten sind im Aufwind, was insbesondere bei den europäischen Eliten für Unruhe sorgt.“

blockieren und den Rettungspakt nach zu verhandeln. Inzwischen kann man von einer „zweiten Generation“ des Rechtspopulismus sprechen, da sich in Frankreich und Österreich mit Marine Le Pen (Front National) und Heinz-Christian Strache (Freiheitliche Partei Österreich, kurz FPÖ) erfolgreich die auf die Parteiführer ausgerichteten Parteien erneuert haben.¹ Das Bild ist freilich nicht einheitlich. So mussten die Rechtspopulisten auch Einbußen verzeichnen, zuletzt im Nachbarland der Niederlande. Bei der von ihr forcierten vorgezogenen Neuwahl vom September 2012 kam die „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders nur noch auf 10,1 Prozent. Sie büßte nicht nur 5,4 Prozentpunkte, sondern

auch ihre komfortable Position als „Tolerierer“ der Minderheitsregierung ein.

Die Zukunft der Europäischen Union mitten in der Krise geht in Richtung Fiskal- und Bankenunion („Vereinigte Staaten“). Dagegen regt sich freilich Widerstandsgeist, nicht nur durch Europas Populisten. Technokratie erzwingt die Sehnsucht nach Visionen und politischer Führung, Renationalisierungstendenzen werden daher eine Begleiterscheinung der europäischen Integration bleiben – eine verzweifelte Reaktion, den Nationalstaat inmitten des europäischen Mehrebenensystems nicht nur symbolisch zu erhalten. Euroskeptizismus kann dann zu einem Mobilisierungsthema werden, wenn die EU, oder besser ein Mitgliedsland von ihr, in finanzielle Nöte gerät und nach europäischer Solidarität gefragt wird. Derzeit steht viel auf dem Spiel. Rechtspopulistische Parteien bedienen die in der Bevölkerung vorhandenen Stimmungen gegen ein Europa, welches auf Kosten der eigenen nationalen Identität von der EU regiert werde. Die Europäische Union beäugen sie misstrauisch gemäß dem Slogan „Europa ja – EU nein!“.

„Derzeit steht viel auf dem Spiel.“

Rechtspopulisten warnen vor einem massiven Einschnitt in die nationale Souveränität und Identität durch die Brüsseler Institutionen, denen es offensichtlich an Bürgernähe und demokrati-

1 Vgl. Florian Hartleb: After their establishment. Right-wing populist parties in Europe, Brüssel 2011; speziell zu euroskeptischen Parteien derselbe: Euroskeptische Parteinfamilie, in: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen, Berlin & Toronto 2012, S. 302-325.

scher Legitimation fehle. Missstände im derzeitigen Institutionengefüge bieten den idealen Anknüpfungspunkt: Der oft technokratisch wirkenden EU-Politik mangelt es tatsächlich an demokratischer Rechenschaftspflicht, auch wenn der Vertrag von Lissabon die Rechte des Europäischen Parlaments stärkte.

Die Bundesrepublik scheint hier ein Sonderfall zu sein. Hier gibt es keine rechts-populistische Partei von nationaler Bedeutung. Auch das EU-Thema scheint nicht zu zünden. Woran liegt das bzw. kann sich das nun in Krisenzeiten ändern? Zunächst einmal spielte bislang das EU-Thema nur eine untergeordnete Rolle. Trotz der fortschreitenden Europäisierung und der Existenz von europäischen Parteienverbünden, deren Rolle immer weiter gestärkt ist – sie dürfen etwa eigene Parteistiftungen unterhalten – geht es selbst bei den Wahlen zum europäischen Parlament bislang meist um nationale Themen. Diese Wahlen sind durch Desinteresse und Protest charakterisiert, auch in Deutschland. Nicht umsonst konnten die Republikaner um Franz Schönhuber einst 1989 ihren größten Erfolg auf nationaler Ebene verbuchen, indem sie 7,1 Prozent der Stimmen holten. Dieser Erfolg blieb aber in Deutschland eine Eintagsfliege. Als im Zuge des Maastricht-Prozesses Kritik an der Einführung des Euro, verbunden mit der Aufgabe der D-Mark als Symbol des deutschen Wirtschaftswunders und der wiedergewonnenen Einheit aufkam, entstand 1994 eine neue euroskeptische Partei. Die Partei Bund freier Bürger war

„Der parteiförmig vorgebrachte Euroskeptizismus wird daher auch nach der Bundestagswahl von 2013 im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern kein Zugpferd in Deutschland sein.“

ganz auf das Thema „Anti-Euro“ ausgerichtet. Dieses Thema erwies sich aber nicht als mobilisierungsfähig, obwohl es in Deutschland keine Volksabstimmungen gab.

Nun häuft sich aber auch in Deutschland die öffentliche Kritik, die auch von Intellektuellen und zahlreichen Zeitungskommentatoren vorgetragen wird. So gießt der deutsche Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger in seinem Buch *Sanfter Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas*¹ Wasser auf die Mühlen der Eukrokritiker. Die EU wolle alle Lebensverhältnisse der Bürger auf dem Kontinent lautlos homogenisieren. Der Bürger sei auch deshalb entmündigt, da die EU nicht laut durch Zwang, sondern durch Verfahren verfährt. Bleibt die Frage, ob derlei Kritik parteipolitisch verängt.

1

Vgl. Hans Magnus Enzensberger: *Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas*, Suhrkamp, Berlin 2011.

Bislang ist das Parteienspektrum durch einen großen proeuropäischen Konsens gekennzeichnet, der nur vereinzelt, etwa von Minderheiten innerhalb von FDP und CSU, mit Kritik an der Wirtschafts- und Sozialordnung und an „neoliberalen Rettungspaketen“ auch von der Linken, aufgeweicht wird. Angela Merkel bekam selbst immer Rückhalt ihrer Partei sowie innerhalb des Bundestages, ebenso von der Bevölkerung als „Krisenmanagerin Europas“. Längst ist von einer Renaissance der Kanzlerdemokratie die Rede. Das euroskeptische Lager innerhalb der etablierten Lager ist sich dabei ebenso wenig einig wie das Rechtsaußenlager außerhalb der etablierten Parteien, das in Deutschland seit jeher mit arger Zer splitterung zu kämpfen hat.

Der Euroskeptizismus speist sich aus ganz unterschiedlichen Motiven, wird etwa wirtschaftlich-sozial (bei der Linken) oder mit dem Föderalismus- und Subsidiaritätsgebot (CSU) begründet und als taktisch-strategischer Moment eingesetzt. Oftmals sind sich die Euroskeptiker auch nicht einig, was sie wollen. Der nun aus dem bürgerlichen Lager, aus den Reihen der Freien Wähler vorgetragene Versuch, eine „Wahlalternative 2013“ zu schaffen und den euroskeptischen Wirtschaftsexperten Hans-Olaf Henkel als Flaggschiff zu gewinnen, dürfte daher einmal mehr scheitern, obwohl es im europäischen Projekt viele wunde Punkte, etwa Demokratiedefizite, gibt. Eine neue Kraft, etwa die Freien Wähler, ist aber selbst zu heterogen, gefangen in der Überforderung einer bundesweiten

Ausdehnung, der Bayernwahl und dem im für Deutschlands Rechtspopulisten typischen Kampf mit Trittbrettfahrern. Der parteiförmig vorgetragene Euroskeptizismus wird daher auch nach der Bundestagswahl von 2013 im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern kein Zugpferd in Deutschland sein.

GEHEN DIE PIRATEN UNTER?

von Dr. Jan Philipp Burgard

Die Piraten wünschen sich eine Zeitmaschine. So steht es in einem der gut 800 Anträge zum Grundsatzprogramm, die beim Bundesparteitag im November verhandelt werden sollten. „Themen statt Köpfe“ lautete die Devise für den Parteitag, eigentlich hatten die Piraten endlich ernst machen wollen. Nun sprach sich ein von den Medien viel beachteter Antrag „für eine intensive Erforschung von Zeitreisen“ aus, „um diese noch in diesem Jahrzehnt möglich zu machen“. Vielleicht wollten die Piraten in diesen grauen Novembertagen zurückreisen in die Zeit, als sie triumphal ins Berliner Abgeordnetenhaus einzogen, sie die Landtage im Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen eroberten und bundesweite Umfragewerte von dreizehn Prozent ihnen den Aufstieg zur neuen Volkspartei verhießen.

Die Piraten würden eine Zeitmaschine wohl eher für einen Trip in die Vergangenheit nutzen als in die Zukunft, denn die Gegenwart bietet wenig Anlass, noch an den Einzug in den Bundestag zu glauben. Auf drei bis vier Prozent sind sie zum Jahresbeginn in den Umfragen abgesackt. Den Einzug in den niedersächsischen Landtag haben sie mit 2,1 Prozent deutlich verpasst. Für diesen Absturz



Dr. Jan Philipp Burgard

ist als Journalist, Moderator und Reporter im Bereich der Printmedien und des Fernsehens tätig.

gibt es gute Gründe. In Niedersachsen kämpften die Piraten wochenlang mit der Aufstellung einer eigenen Landesliste, ihr Parteitag musste deshalb zweimal wiederholt werden. In den vier Landtagen, in denen sie vertreten sind, haben sich die Piraten selbst entzaubert.

Im Berliner Abgeordnetenhaus gehörte die Einführung des Erfrischungsgetränkes Club Mate in der Cafeteria zu ihren nennenswertesten Errungenschaften. Ansonsten machten die Neulinge weniger mit parlamentarischen Initiativen, sondern vor allem mit internem Krach und schrägen Auftritten Schlagzeilen. Der parlamentarische Geschäftsführer Martin Delius zog seine Kandidatur für

den Bundesvorstand zurück, nachdem er den Aufstieg der Piraten mit dem der NSDAP verglichen hatte. Der Abgeordnete Gerwald Claus-Brunner provozierte das Abgeordnetenhaus mit einem Palästinensertuch, woraufhin Charlotte Knobloch, die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, ihm eine „antijüdische Gesinnung“ vorwarf. Inhaltlich profilieren konnten sich die Piraten in Berlin lediglich bei ihrem Kernthema. Den von SPD und CDU geplanten „Schul-Trojaner“, eine Software zur Prüfung von Urheberrechtsverletzungen durch Schüler zu Lernzwecken, konnte die zehnköpfige Piratenfraktion stoppen.

Auch im Saarland fällt die Bilanz der Landtags-Neulinge dürtig aus. Erst eine Hand voll Gesetzesentwürfe haben sie dort eingebracht, die meisten davon betreffen ihr Lieblingsthema Bürgerbeteiligung. Vor allem die Veränderung von Abläufen im Parlament können sie sich auf ihre Fahnen schreiben. Für ihre Abgeordneten schafften sie den Fraktionszwang ab, führten anonymisierte Bewerbungsverfahren für ihre Referenten ein und wie in Berlin stand auch die Wahl der Limonade ganz oben auf der Agenda: Im Landtag von Saarbrücken wird jetzt auch Orangina ausgeschenkt.

Ähnlich ernüchternd fällt die Bilanz in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein aus. Hier stellten die Piraten in der aktuellen Legislaturperiode deutlich weniger kleine Anfragen als die anderen Oppositionsparteien. Statt mit konkreter



„Die Piraten würden eine Zeitmaschine wohl eher für einen Trip in die Vergangenheit nutzen als in die Zukunft, ...“

Politik beschäftigen sich die Piraten lieber mit Prozessen. In Düsseldorf beklagte die Fraktion, dass der Spam-Filter der Emails für Abgeordnete von dem Internetriesen Google festgelegt wird. In Kiel rebellierten die Piraten gegen ein Laptop-Verbot im Plenum. Immerhin bemühen sich die Piraten nach Kräften, ihre Wahlversprechen Transparenz und Partizipation einzulösen. Die Berliner Abgeordneten übertragen ihre Fraktionssitzungen für jedermann sichtbar per Livestream im Internet. Außerdem holen sie über ihre Abstimmungssoftware „Liquid Feedback“ regelmäßig die Meinung ihrer Mitglieder ein. In Schleswig-Holstein konnte jeder Bürger per Mausklick mitentscheiden, welche Prioritäten die Piratenpartei 2013 im Landtag setzen soll. Es standen 71 Vorschläge aus dem Wahlprogramm zur Auswahl, von Ladenöffnungszeiten am Sonntag bis zu öffentlich-rechtlichen Partnerschaften bei Bauvorhaben. Doch

der basisdemokratische Ansatz fällt nicht immer auf fruchtbaren Boden. In Nordrhein-Westfalen ließen die Piraten im Internet über ihre Haltung zur Beschneidung abstimmen und nur 20 Mitglieder beteiligten sich.

Auch auf Bundesebene konnten die Piraten zuletzt nicht ansatzweise ihrem eigenen Anspruch gerecht werden, gemäß den Worten ihres Bundesvorsitzenden Bernd Schrömer für einen „Neustart der Demokratie in Deutschland“ zu sorgen. Schon am Neustart ihrer eigenen Personalstrukturen scheiterten die Piraten immer wieder. Bis heute präsentiert sich der Bundesvorstand nicht als seriöses Team. Da riet schon mal Bernd Schrömer seinem umstrittenen Geschäftsführer Johannes Ponader in aller Öffentlichkeit,

„Statt mit Köpfen wollten die Piraten Ende vergangenen Jahres also mit Themen punkten.“

„mal zu arbeiten, anstatt Modelle vorzustellen, die die Berufstätigkeit umgehen“. Ponader hatte publikumswirksam seinen Abschied von Hartz IV gefeiert und angekündigt, seinen Lebensunterhalt bei knapper Kasse aus Spenden von Anhängern zu bestreiten. Schon zuvor hatte Ponader immer wieder den Unmut seiner Piratenkollegen auf sich gezogen, indem er ohne Absprache mit dem Parteivorstand lustvoll durch die Talkshows tinguerte, über seine Vorliebe für Vielweiberei Auskunft gab und einem Moderator

buchstäblich um den Hals viel. Im Vorstandskonflikt mit Ponader räumte der ambitionierte Beisitzer Matthias Schrade das Feld. Beisitzerin Julia Schramm, einst von den Medien als Vordenkerin der Piraten zelebriert, trat am selben Tag zurück. Sie hatte die Basis verprellt, weil sie ihren Verlag gegen die kostenlose Verbreitung ihres Buches im Internet vorgehen ließ. Kurz vor Beginn des Wahljahres erklärte dann auch noch Marina Weisband, die größte Hoffnungsträgerin der Partei und von den Lesern eines Männermagazins jüngst zur schönsten Politikerin Deutschlands gekürt, nicht für den Bundestag kandidieren zu wollen. Die frühere politische Geschäftsführerin der Piratenpartei begründete ihre Entscheidung damit, zunächst ihr Psychologiestudium abschließen und auf ihre Gesundheit achten zu wollen. Weisband hatte einige Monate zuvor kurz vor einem Talkshowauftritt einen Kreislaufkollaps erlitten.

Statt mit Köpfen wollten die Piraten Ende vergangenen Jahres also mit Themen punkten. Tatsächlich gelang es ihnen beim Bundesparteitag in Bochum ein Programm zu verabschieden, das über die Ursprungsthemen Netzpolitik und Bürgerrechte hinausging. Die Piraten stehen nun für die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, einem Mindestlohn und einer Mindestrente. Die Wirtschaftspolitik wollen sie nach anderen Indikatoren als dem Bruttoinlandsprodukt ausrichten und die Banken zu „Dienern der Realwirtschaft“ machen. Ihr Programm enthält ein Bekenntnis zur europäischen Ver-

fassung, zu strengen Transparenzregeln für Abgeordneteneinkünfte, zur Bürgerversicherung im Gesundheitssystem und zu einem Jugendschutzgesetz, das statt Verboten die Eigenverantwortung von Eltern und Kindern in den Vordergrund stellt. Auch ein ökologisches Profil gaben sich die Piraten, sie setzen sich gegen Gentechnik und gegen die weitere Erkundung von Gorleben als Atomlager ein. Doch der erhoffte Effekt in den Umfragen blieb aus. Nach der Verkündung der „Themen statt Köpfe“-Strategie erklärte Schlömer nun wieder: „Wir müssen stärker auf Köpfe setzen.“

Wollen die Piraten mehr sein als eine Klamauk- und Protestpartei und wollen sie eine Minimalchance auf den Einzug in den Bundestag wahren, sollten sie zeitnah eine banale Erkenntnis gewinnen: In der Politik geht es nicht um Themen oder Köpfe, beides muss stimmen. Die Piraten müssen das Kunststück vollbringen, erwachsen zu werden, ohne ihre unkonventionelle Denkweise über Bord zu werfen. Spitzt sich die europäische Finanz- und Schuldenkrise weiter zu, auch mit realwirtschaftlichen Konsequenzen für Deutschland, wird das Bedürfnis der Bürger nach Erklärungen der Politik steigen. Es wird eine Zeit kommen, in der sich die politischen Akteure einem echten Dialog mit den Bürgern nicht mehr entziehen können werden. Die Piraten haben nach wie vor das Potenzial, diesen Dialog zu verkörpern, sie müssen sich nur endlich professionalisieren.

Dass diese Einsicht vielleicht doch noch

im Piratenlager einkehren kann, beweist ausgerechnet jener Antrag auf „Erforschung von Zeitreisen“, den viele Medien als ultimatives Beispiel für die Entrücktheit der Partei zitiert hatten. Liest man ihn zu Ende, entpuppt er sich als satirisch, aber substanzell selbstkritisch: „Sollte der Plan einer Zeitmaschine (...) sich nicht umsetzen lassen, möge der Bundesparteitag beschließen, endlich die Beschäftigung der Piratenpartei mit sich selbst zu beenden und sich auf die Aufgaben zu konzentrieren, die vor ihr liegen.“

AUF DEN KANZLER KOMMT ES AN?

von Dr. Stephan Klecha

Der schillernde Begriff der Kanzlerdemokratie war und ist eine analytische Folie in der Politikwissenschaft, um das deutsche Regierungssystem zu charakterisieren. Eine starke Stellung des Bundeskanzlers kommt bereits im Grundgesetz zum Ausdruck. Doch der staatsorganisationsrechtliche Rahmen wird durch den gegebenen historischen Kontext und durch die individuellen persönlichen Führungsfähigkeiten der jeweiligen Amtsinhaber ergänzt, konkretisiert und beeinflusst.

Das einbeziehend, verdient eigentlich nur die historische Konstellation den Titel der Kanzlerdemokratie, in der Konrad Adenauer Politik gestaltete. Die Prägekraft, die der erste Kanzler insbesondere in der Zeit der CDU/CSU-Mandatsmehrheit für das Verständnis vom Amt entwickelt hat, strahlt erkennbar bis in die Gegenwart. Die beiden volksparteilichen Formationen werden daher nicht müde, jede Bundestagswahl zu einem Plebisitz über ihren jeweiligen Kanzler oder Kanzlerkandidaten umzufunktionieren. Nun lässt sich die darin angelehnte Bezugnahme auf amerikanische Wahlkampagnen nicht ohne Weiteres auf den deutschen Parteienwettbewerb übertragen. Bei einer Bundestagswahl werden letztlich



Dr. Stephan Klecha

arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Parteien und eben kein Regierungschef gewählt. Das Wahlsystem lässt zudem eine begrenzte Fragmentierung des Parteiensystems zu, was zur Folge hat, dass absolute Mehrheiten auf Bundesebene seit 1961 nicht mehr existent sind. Deswegen werden Koalitionen gebraucht.

Wenn miteinander in Konkurrenz stehende Parteien aber in freier Verhandlung ein (vorzugsweise) mehrheitsfähiges Bündnis auf Zeit abschließen, versuchen sie ihre personellen und inhaltlichen Vorstellungen im jeweils größtmöglichen Umfang durchzusetzen. Die Machtressourcen müssen also zwischen den Regierungspartnern aufgeteilt werden. Während sich in der staatsrechtlichen

Vorstellung die exekutive Macht beim Kanzler bündelt, wird diese in der Staatspraxis im Koalitionsgespräch auf mehrere Machtzentren aufgeteilt. Prozedural, institutionell und inhaltlich sind in den Koalitionsverträgen dazu etliche Details des Regierungshandelns festgelegt. Je flüssiger und vielschichtiger das Partei-

„Die entscheidende Fähigkeit, die ein Kanzler also einbringen muss, ist sein Verhandlungsgeschick.“

ensystem wird und je durchlässiger die Lager- und Milieugrenzen werden, desto komplexer wird die Aushandlung eines Koalitionsabkommens. Es ist keineswegs ausgemacht, dass die bislang übliche Form eines Zweierbündnisses auf Bundesebene (CDU/CSU dabei wegen der Fraktionsgemeinschaft als eine Partei verstanden) auch nach der Bundestagswahl 2013 Bestand haben wird. Wenn gar SPD und Union eine Große Koalition ausschließen, müssen sie sich möglicherweise zwingend andere Bündnisoptionen erschließen.

Die entscheidende Fähigkeit, die ein Kanzler also einbringen muss, ist sein Verhandlungsgeschick. Das betrifft den Abschluss des Bündnisses ebenso wie die Sicherung seines Fortbestands im Verlauf einer Legislaturperiode. Da nützten dann auch die besten Popularitätswerte für den jeweiligen Bundeskanzler nichts: Kiesinger war 1969 beliebter

als Brandt. Schröder wurde 2005 einer möglichen Kanzlerin Merkel vorgezogen. Schmidt verlor 1982 die Kanzlerschaft an Kohl. Stets fehlte den Amtsinhabern trotz hoher Zustimmungs- oder Sympathiewerte die Unterstützung eines Koalitionspartners, um im Amt zu bleiben. Mit Blick auf die Wahl im Herbst ist die Koalitionsfrage wahrscheinlich weitaus wichtiger als die Zuspitzung der Personalie Merkel versus Steinbrück. Gerade im Fünf- oder gar im unverändert denkbaren Sechsparteiensystem kommt es nämlich keineswegs alleine darauf an, wie der jeweilige Spitzenkandidat bewertet wird. Weitauß wichtiger ist, wer im Nachgang einer Wahl in der Lage ist, eine tragfähige Mehrheitskonstellation zu schmieden und diese hernach wirksam zu moderieren.

Doch die Kanzlerdemokratie adenauerscher Ausmaße ist auch an anderer Stelle längst nicht mehr das Maß aller Dinge. Der erste Bundeskanzler pflegte noch eine offene, scharfe Konfrontation mit der Opposition. Er brauchte diese nicht zuletzt, um die Wahlchancen seines Wählermilieus zu maximieren. Doch spätestens von Brandts Kanzlerschaft an sahen sich alle Kanzler über zumindest eine gewisse Zeit einer Mehrheit der Opposition im Bundesrat gegenüber. Durch die Spezifika des deutschen Föderalismus erforderte das in zahlreichen innenpolitischen Feldern eine lagerübergreifende Kooperation.

Doch besonders deutlich wird der Verlust einstiger kanzlerdemokratischer

Herrlichkeiten ausgerechnet in der Außenpolitik. Zwar ist auf den ersten Blick die Handlungsreichweite des Bundeskanzlers in diesem Feld keineswegs geringer geworden. Die Institutionen der Europäischen Union, die Kooperation in der UNO oder die Zusammenarbeit in der G8 führen dazu, dass die außenpolitischen Anforderungen an die Kanzlerschaft heutzutage wesentlich größer sind als in den 1950er Jahren. Die Ablösung der bipolaren Weltordnung hat für das wiedervereinigte und nunmehr souveräne Deutschland gänzlich neue Herausforderungen und Anforderungen mit sich gebracht. Tatsächlich eröffnet sich für jeden Bundeskanzler auf diesem Areal eine Reihe von Handlungsfeldern, die ihm auch unvermindert auch innen-

„Die Grenzen zwischen Außen- und Innenpolitik sind fließend geworden.“

politisch nutzen. Im besten Falle macht der jeweilige Regierungschef in der medialen Darstellung eine ausgezeichnete Figur auf den Gipfeltreffen, wenn er sich erkennbar auf Augenhöhe mit dem amerikanischen oder französischen Präsidenten bewegt oder vom britischen oder spanischen Premier gelobt wird. Auch eine gelungene umweltpolitische Regierungskonferenz oder ein erfolgreicher Vermittlungsversuch in einem internationalen Konflikt mehren die Reputation des Kanzlers im Inland ungemein.

Allerdings hat gerade die intensivierte europäische Zusammenarbeit eine Kehr-

seite. Die Grenzen zwischen Außen- und Innenpolitik sind fließend geworden. Angelegt in der adenauerschen Konzeption einer unverbrüchlichen Kooperation, werden nunmehr zahlreiche Entscheidungen mit innenpolitischen Implikationen in Brüssel vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat auf Initiative der Kommission getroffen. Die Mitwirkung der Bundesregierung vollzieht sich dabei über den jeweiligen Fachminister, nicht mehr unmittelbar über den Bundeskanzler oder den Außenminister. Teilweise kann der Kanzler noch nicht mal mehr ohne Rückendeckung von Bundestag oder Bundesrat agieren. Zwar kann er sich im Falle des Bundestags noch seiner Mehrheiten sicher sein, doch bereits durch die parlamentarische Beratung werden politische Vorhaben frühzeitig öffentlich. Die Länderexekutiven haben sich zudem gesonderte Einflussrechte gesichert, auf welche der Kanzler Rücksicht nehmen muss.

Hinzu kommt, dass einige Kompetenzen dem Bundeskanzler strukturell entzogen sind. Die Abgabe von Souveränitätsrechten, insbesondere in der Währungs-, Fiskal- und Haushaltspolitik, haben gerade weite Teile der Wirtschaftspolitik so sehr vergemeinschaftet, dass die Steuerungskompetenzen der jeweiligen nationalen Regierungen begrenzt sind. Auch hier besitzt zweifelsohne derjenige Regierungschef einen Vorteil, der in der Lage ist, auch auf internationaler Ebene geschickt Allianzen zu schmieden oder die vorhandenen Spielräume zu nutzen vermag. Dieses war in der einstigen EWG

der sechs Gründerländer oder in der EG der zwölf Mitgliedsländer ohne Zweifel einfacher als in der heutigen Union mit gegenwärtig 27 Mitgliedern.

Was heißt das nun für die anstehende Bundestagswahl? Ist die Wahl des Kanzlers wirklich zweitrangig geworden? Nur weil sich der Begriff der Kanzlerdemokratie nicht mehr sinnvoll einsetzen lässt, steht doch die Person des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin im Mittelpunkt des politischen Systems. Heutzutage braucht es freilich andere Kompetenzen als in früheren Dekaden. Konrad Adenauer oder Helmut Kohl würden mit ihrem damaligen Führungsstil daher wohl kaum bestehen können. Die Voraussetzungen, unter denen sie einst Politik gestaltet haben, haben sich verändert. Es kommt daher mit Blick auf die Wahlentscheidung darauf an, welches Regierungsbündnis zustande kommt und ob der dann zu wählende Kanzler oder die dann zu wählende Kanzlerin den dafür passenden Regierungsstil anwenden kann. Insoweit kommt es also doch auf den Kanzler an, aber eben ganz anders als es die Wahlkampfkommunikation zuweilen suggeriert.

DIE BAYERNWAHL ALS STIMMUNGSBAROMETER

von Michael Watzke

Eine Woche also. Sieben Tage werden zwischen der bayerischen Landtagswahl am 15. September 2013 und der Bundestagswahl am darauffolgenden Sonntag liegen. Eine aufregende Konstellation. Denn in einer Woche kann viel passieren. Gott hat in dieser Zeit die Welt erschaffen, Horst Seehofer mehrfach seine Meinung gewechselt, Christian Ude einen Satz zu Ende gesprochen. Es wird ein außergewöhnlich spannender Wahlherbst, den Deutschland in diesem September erlebt. Spannend dank Bayern.

Jahrzehntelang waren Wahlen im Freistaat in etwa so aufregend wie Parteitage in Nordkorea. Frei nach dem Zitat des früheren englischen Fußballnationalspielers Gary Lineker: 10 Millionen Bayern wählen – und am Ende gewinnt die CSU. Meistens mit einem Kantersieg, also absoluter Mehrheit.

Doch seit der letzten Landtagswahl 2008 ist das Ergebnis des Urnengangs in Bayern für Franz-Josef Strauß' Erben keine *g'mahde Wiesn* mehr (so nennt man hierzulande ein Ereignis, das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eintritt). Vor viereinhalb Jahren



Michael Watzke

ist bayerischer Landeskorrespondent des Deutschlandradios und Hörfunk-Dozent der Deutschen Journalistenschule in München.

erlitt die CSU – nach dem Sturz von Parteichef und Ministerpräsident Edmund Stoiber – herbe Stimmenverluste. Das Duo Huber/Beckstein schrumpfte die 61% des Vorgängers zu 43% zusammen. Zwar prognostizieren aktuelle Umfragen dem regierenden Rekordmeister der vergangenen Jahrzehnte eine absolute Mehrheit der Parlamentssitze – 47% erreicht die CSU derzeit, die SPD dümpelt bei 20%. Doch die Stimmung in Bayern ist volatil geworden. Sicher geglaubte Wählerpotentiale zwischen Aschaffenburg und Zwiesel orientieren sich neu. Im wirtschaftlich prosperierenden Freistaat entwickeln sich urbane, post-materialistische Milieus ähnlich denen,

die im benachbarten Baden-Württemberg ein politisches Erdbeben ausgelöst haben. Hunderttausende Einwanderer („Zu'groaste“ nennt sie der Oberbayer) fühlen sich nicht mehr traditionell der CSU verpflichtet. Auch im Süden Deutschlands sind Überraschungen möglich, wie sie Niedersachsen gerade erst präsentiert hat. Denn in Bayern ist die Wahlprognose eine Gleichung mit vielen Unbekannten.

Der bekannteste Unbekannte heißt Horst Seehofer. Der CSU-Chef ist der dienstälteste, nicht vom Volk gewählte Ministerpräsident in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er übernahm das Amt vom gescheiterten Vorgänger Günther Beckstein und hat die CSU seitdem in den Umfragen um knapp vier Prozent verbessert. Aber kann Horst, so fragen sich selbst seine Parteifreunde bang, auch Wahlen gewinnen? Derzeit räumt Seehofer dem politischen Gegner ein Thema nach dem anderen vor der Nase ab - von Studiengebühren bis Mindestlohn. Werden ihm die Wähler seinen inhaltlichen Wankelmut und seine innerparteilichen Disziplinlosigkeiten verzeihen?

Seehofer ist ein Taktiker, kein Strateg. Er denkt nicht lang-, sondern kurzfristig. Das zeigte sich zuletzt bei der Suche nach dem Termin für die bayerische Landtagswahl: solange die CSU in den Umfragen im Vergleich zur CDU mehr als zehn Prozent Vorsprung hatte, forderte Seehofer einen Wahltermin, der mindestens zwei Wochen vor der Bundestagswahl liegen sollte. Auf keinen Fall wollte die CSU in

einen Negativ-Sog der Schwesterpartei geraten. Als sich in den Umfragen verstärkt abzubilden begann, dass Angela Merkel auch in Bayern höchst beliebt ist, schloss Seehofer einen gemeinsamen Wahltermin plötzlich nicht mehr aus. Nun soll eine Woche reichen, um Bayerns Eigenständigkeit zu wahren.

Die bayerische SPD verhielt sich ähnlich, nur unter anderen Vorzeichen: monatelang forderte Bayerns SPD-Chef Florian Pronold vehement einen gemeinsamen Termin für Landtags- und Bundestagswahl. Das spare Kosten und

„Denn in Bayern ist die Wahlprognose eine Gleichung mit vielen Unbekannten.“

erhöhe die Wahlbeteiligung. Doch als die Bundes-SPD Peer Steinbrück als Spitzenkandidaten kürte und der von einem Fettnapf in den nächsten trat, wurden die Forderungen der Bayern-SPD nach einem gemeinsamen Wahltermin leiser. Dabei müsste Steinbrück sich schon gewaltig dumm anstellen, um die Bundes-SPD in jene Umfragetiefen zu stürzen, in denen die Bayern-SPD seit Jahrzehnten verharrt. Auch Spitzenkandidat Christian Ude, von den Sozialdemokraten als Heilsbringer gefeiert, hat das Ruder bisher nicht herumreißen können. Bayern war einst Stammland sozialdemokratischer Ideen. Bei der ersten freien Wahl im Freistaat erreichte das linke Lager eine überwältigende Mehrheit.

Das war im Jahr 1848. Seitdem ging es – mit kurzen Erholungsphasen – bergab. Was Ude besonders schmerzen muss: in den früheren Hochburgen der Sozialdemokraten in Franken und der Oberpfalz tut sich der amtierende Münchner Oberbürgermeister besonders schwer. Wird es Ude gelingen, sich und die SPD glaubwürdig als Alternative zur jahrzehntelangen Herrschaft der CSU zu präsentieren?

Was die bayerische Landtagswahl am 15. September besonders spannend macht, ist weniger das Abschneiden der Sozialdemokraten. Aufregender sind die beiden Parteien, mit denen Christian Ude koalieren muss, wenn er die Chance auf einen Machtwechsel in Bayern wahren möchte: Grüne und Freie Wähler.

Die Grünen sind auf dem besten Weg, der SPD den Rang als stärkste Oppositionspartei in Bayern streitig zu machen. In manchen Wahlbezirken bayerischer Großstädte wie München oder Augsburg haben sie die SPD schon überholt. Auf dem Land fallen grüne Ideen bei immer mehr ökologisch aufgeschlossenen Bauern auf fruchtbaren Boden.

Für die Freien Wähler, die bei der letzten Landtagswahl 2008 erstaunliche 10% erreichten, ist die Wahl am 15. September doppelt wichtig: sie wollen einerseits endlich Regierungsverantwortung in Bayern übernehmen – ob mit CSU oder Rot-Grün, scheint Spitzenkandidat Hubert Aiwanger dabei gleichgültig zu sein. Andererseits wollen die Freien Wähler mit einem starken bayerischen

Wahlergebnis auch ihre Ambitionen bei der Bundestagswahl eine Woche später unterstreichen. Dort treten sie erstmals an – und hoffen, den Sprung über die 5%-Hürde zu schaffen.

Aber das wird kaum gelingen, nicht mal mit dem Rückenwind eines starken Ergebnisses bei der Landtagswahl. Denn Bayern ist nicht Deutschland. Die Bedingungen im Freistaat unterscheiden sich zu stark vom Rest des Landes. Deshalb wird die Bayern-Wahl auch nicht die Bundestagswahl entscheiden. Zwar wird der Wahlsieger im Süden (wer immer es sein wird) das Ergebnis als Rückenwind für die Bundestagswahl zu deuten versuchen, vielleicht gar als Vorentscheidung. Aber das wird nicht gelingen – schon deshalb nicht, weil alle bayerischen Parteien einen explizit weiß-blauen Wahlkampf führen werden. Vor allem die CSU wird nicht zögern, sich gegen den Rest Deutschlands zu profilieren – mit Reizthemen wie Länderfinanzausgleich, Verkehrsinvestitionen und Standortpolitik.

Die Landtagswahl in Bayern wird nicht als zuverlässiges Stimmungsbarometer für den Bund dienen. Sie wird die Wähler bundesweit weder mobilisieren noch demoralisieren. Aber sie wird die Spannung erhöhen – und eine Wahlkampfwoche einläuten, wie sie Deutschland lange nicht mehr erlebt hat.



BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK